

Er scheint täglich außer Montags. Preis primumtrando: ...

Infektions-Gebühr beträgt für die ...

Gen.-Verw.-Bureau ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 17. Januar 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Nothstandsaktion der Sozialdemokraten.

Drei Tage lang hat der Deutsche Reichstag sich mit der sozialdemokratischen Nothstands-Interpellation beschäftigt ...

Und daß es so gründlich und unerschützt zum Ausdruck gekommen ist, das allein schon würde die dreitägige parlamentarische Schlacht der vergangenen Woche zu einem Triumph der Sozialdemokratie gestalten ...

Und wie der Exultierende in seiner Angst nach jedem Strohhalm faßt, so klammerte der Eine sich an den Innungszopf, der Andere an die Spinnenweben der katholischen Gesellenvereine, der Dritte an das goldene Kreuz und silberne Nautchen der Doppelwährung ...

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

16

Haus Nuzingen.

Soziale Studie von H. de Valzac. Deutsch von Curt Baake.

Er hätte so gern sein Herz verdorben und mit ehernem Panzer geschirmt, gern jede Illusion verloren und alles ohne Erörtern anzuhören gelernt, gern erfahren, wie man redet und doch nichts zu sagen braucht ...

Als Wittwer einer Anzahl langweiliger Wittwen — er hatte Frauengunst genossen, sagt man im Ausland — lehrie er zurück, ein scheuer, naiver, guter, vertrauensfertiger Junge, dem zum Diplomaten alles fehlte ...

„Mit einem Wort ein Hofenmah, der mit seinen achtzehntausend Franks Rente sofort auf die ersten besten Aktien hineinfällt“, warf Couture dazwischen.

Der verdammte Couture ist so gewohnt, die Dividenden vorwegzunehmen, daß er mir die Entwidlung meiner Geschichte vorwegnimmt“, klagte Dixon.

„Wo stand ich denn gerade? Ach richtig! Bei Beau-denord's Heimkehr.“

folgbar lächerlich wäre und beinahe nach einer Kaltwasser-Heilanstalt röche. Marius Kardorf auf dem Trümmerfeld der sündhaften, kornzöllerisch-feudalkapitalistischen Kartoffelfusel-Gesellschaftsordnung sitzend ...

Auch Herr Hize, der Generalpächter der katholisch-christlichen Sozialreform, spielte seine Rolle nicht schlecht — der fromme Herr Hize, der die armen Streikenden christlich von seinen Kochschöpfen schüttelte und bei Empfehlung seiner alleinseligmachenden Lösung der sozialen Frage mit Gegenwarts-Bettelsuppen ...

Schade, daß keiner der protestantisch-christlichen Geschäfts-Konkurrenten des Herrn Hize auf den Plan trat. Es wäre nicht übel gewesen, die rührende Seelenverwandtschaft der geschorenen und geschelten Menschheitsbeglücker sich offenbaren zu sehen, und zu beobachten, welchen wunderbaren Glauben sie beide haben in die — Leichtgläubigkeit der Massen ...

Auch keiner der sonst so vorzüglichen „Antisemiten“ wagte sich hervor. Wenn je im Reichstag — jezt hatten sie Gelegenheit und Pflicht, zu zeigen, was sie können. Allein sie drückten sich schon in die Erde und zogen es vor, Andere an der harten Auß der sozialen Frage sich die Zähne ausbeißten zu lassen ...

So verschieden die Redner der Majoritätsparteien auch sprachen, so Verschiedenes sie auch zu Tage förderten, in Einem stimmten sie alle überein, in dem Geständnis, daß sie kein Heilmittel für die soziale Krise kennen, — in ihrer Bankrotterklärung.

In dem wogenden wechselnden Meere dieser dreitägigen Nothstandsdebatte bildete das von den Rednern der Sozialdemokratie versochtene Programm den einzigen festen Punkt. Hier war der Schlüssel für die Uebel der Gegenwart; hier war der Hebel für die Beseitigung des auf der Gesellschaft ruhenden Alps; hier waren die Steine für den Neubau der Gesellschaft.

*) Frei nach Hize, die Portion zu 10 Pf. (Siehe den heutigen Reichstagsbericht.)

Er saß also in seiner Wohnung auf dem Quai Malaquais, da entdeckte er, daß die tausend Franks, die ihm nach Bestreitung seiner Bedürfnisse noch übrig blieben, zu einem festen Logenplatz in der Oper nicht zulangten wollten.

Wenn er im Spiel bei einer Wette fünfundzwanzig oder dreißig Louis'or verlor, so bezahlte er sie natürlich; gewann er sie aber, so gab er sie aus, was uns übrigens auch begegnen würde, wenn wir so dumm wären, uns in Wetten einzulassen.

Beandenord fühlte sich bei seinen achtzehntausend Franks Rente eingeschränkt; er empfand die Nothwendigkeit, sich das zu schaffen, was wir heute den „Umlauf-fond“ nennen.

Allein aber wollte er sich nicht gern auf irgend ein Unternehmen einlassen. Deshalb bat er seinen Vormund um guten Rath.

Mein liebes Kind, meinte d'Agilemont, die Rentenbriefe stehen jetzt al pari, verkaufe sie; meine Frau und ich haben es auch so gemacht. Alle meine Kapitalien habe ich bei Nuzingen angelegt; er giebt mir sechs Prozent; mach's wie ich, dann hast Du ein Prozent mehr wie jetzt, und dies eine Prozent wird Dich in den Stand setzen, ganz nach Bequemlichkeit zu leben.

Drei Tage später war Godefroids Wohlstand vollkommen. Seine Einkünfte stimmten mit seinen Ausgaben überein, und sein materielles Glück ließ deshalb nichts zu wünschen übrig.

Am jüngsten Tage sollen bekanntlich die Milliarden Generationen, die als Nationalgardisten oder als Wilde auf diesem Erdball herumgelaufen sind, auf einmal gerichtet werden.

Nehmen wir nun an, es wäre ebenso möglich, sämmt-

und hier war der Baugrund — der Fels, auf welchem die Brüdergesellschaft der Freien und Gleichen sich empor-thürmen wird.

War das kein Sieg der Sozialdemokratie?

Wohl war es nur ein parlamentarischer Kampf, — der Sieg bringt nicht den thatsächlichen Triumph der Sozialdemokratie, die Staatsmacht ist uns nicht in die Hände gefallen, nach wie vor sitzen noch unsere Feinde an der Rinne der Gesehgebung, die Saarbrücker Bergleute werden das „Wehe den Besiegten!“ bis auf die bitterste Reize zu kosten bekommen, der Nothstand wird fortbauern.

Allein trotzdem ist es ein hochbedeutsamer Sieg — ein Sieg, der die Macht unserer Partei stärkt, die Zahl unserer Anhänger vermehrt. Und an diejenigen sozialistischen Gegner des „Parlamentarismus“, die in persönlichem Groß noch nicht jedes Gefühl der Kampfgemeinschaft ertränkt haben, richten wir die Frage:

Was nützt der Partei mehr, was trägt ihre Lehren in weitere Kreise und gewinnt ihr das größere Heer von Rekruten und Kämpfern: Reden, wie sie von der Tribüne des Reichstags in der dreitägigen Nothstands-schlacht gehalten worden und in die fernsten Winkel des Landes gedrungen sind — oder vor einem Häuflein Gleich-gesinnter ein paar Kraftphrasen, die Gemeinpläge zum Inhalt haben und das Selbstverständliche in eine so plumpe Form kleiden, daß jeder Polizeibeamte, jeder Staatsanwalt sofort bequem zugreifen kann?

Wo ist das Wort, welches That ist? Und wo das Wort, welches Schwäherei?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Januar.

Aus dem Reichstage. Die zweite von den drei Steuern, welche die Mehrkosten für die Militärvorlage bringen sollen, stand heute auf der Tagesordnung. Es handelt sich um die Erhöhung der Spiritussteuer von 70 auf 75 M. pro Hektoliter. An der Diskussion theilnahmen sich zunächst neben dem Reichs-Finanzminister v. Malahn, der ein paar Seiten aus den der Vorlage beigegebenen Motiven wiederholte, der bayerische Finanzminister und der württembergische Vertreter im Bundesrath. Der kurze Sinn der langen Reden dieser Herren war, daß auch im Interesse der süddeutschen Brenner an der samosen Liebes-gabe von 20 M. nichts gekürzt werden darf. Dieselbe Behauptung wiederholten der Rittergutsbesitzer Holz für Ostpreußen und Freiherr v. Gagern für die bayerischen Schnaps-brenner.

Der Freisinnige Witte bemühte sich dagegen nicht ohne Erfolg, die Ruhlosigkeit der Liebesgabe für das Schnaps-brenner-Gewerbe selbst darzutun, während unser Genosse Wurm in einer trefflichen Rede die wirtschaftlichen U-

liche junge Männer in Paris mit einem Blick zu überschauen, was würden sie auf folgende Frage antworten? Besteht das Glück eines sechsundzwanzigjährigen, unverheiratheten Mannes nicht darin:

mit einem faustgroßen, frischen, rothen Tiger, wie Toby, Joby, Paddy, im Kabriolet oder Tilbury ausfahren oder ausreiten zu können;

Abends für zwölf Franks ein anständiges Mietstüpec zur Verfügung zu haben;

sich streng nach den Vorschriften der Toilette, wie sie für acht Uhr Morgens, für Mittag, für vier Uhr Nachmittags und für den Abend gelten, kleiden zu können;

in allen Gesandtschaften ein gern gesehener Gast zu sein und daselbst die Eintagsblüthen übersüssiger, kosmopolitischer Freundschaft zu pflücken;

ein exträglich hübscher Junge zu sein und seinen Namen, seinen Grad, seinen Kopf mit Anstand und Würde zu tragen;

in einem niedlichen, kleinen Extrefol zu wohnen, das so eingerichtet ist, wie das von mir eben beschriebene auf dem Quai Malaquais;

ohne erst ängstlich seinen Geldbeutel zu Rath ziehen zu müssen, seine Freunde zu einem Ausflug nach den Klippen von Cancale einladen zu können, und überhaupt in keiner vernünftigen Regung durch den Gedanken: Wo nimmst Du aber das Geld her? aufgehalten zu werden;

die Rosaquasten an den Ohren dreier Vollblutpferde stets erneuern und immer neues Futter im Gute haben zu können? — — —

Ja, was würden sie auf diese Frage antworten?

Antworten würden sie ohne Ausnahme, und wir Klugen mit ihnen, ein solches Glück sei unvollständig, es sei die Kirche ohne Altar: lieben müsse man und geliebt werden,

fachen und Folgen der Faselproduktion in's gehörige Licht rückt. Wenn verlangt besonders auch, daß der systematischen Vergiftung jener Arbeiter, welche genöthigt sind, den sogen. denaturirten Spiritus herzustellen, zu verfahren, gesteuert werde. Die Debatte konnte heute nicht zu Ende geführt werden und wird dieselbe morgen fortgeführt werden.

Eine Deputation der streifenden Kohlenarbeiter aus dem Saarkohlenrevier ist hier eingetroffen. Dieselbe besteht aus dem schon gelegentlich der 1888er Bewegung abgelegten Bergarbeitern Schillo und Thomae. Die Genannten waren heute im Reichstag, wo sie mehrere Abgeordnete sprachen. Die Deputation will den Versuch machen, bei dem Herrn Handelsminister eine Audienz zu erhalten, um diesem die Beschwerden der Arbeiter direkt vorzutragen.

Einen Nothstand erkennen sowohl die agrarischen Junker wie die Industriearbeiter an, nämlich ihren eigenen, und gegen diesen verlangen sie Staatshilfe. Nur einen Nothstand der Arbeiter kennen sie nicht, und wo sie einen solchen anerkennen, geschieht es nur, um für sich selbst eine um so ansehnlichere Staatshilfe zu verlangen. So wendet sich eine Korrespondenz der „National-Zeitung“ gegen die Staatsbahnverwaltung. Sie verlangt von ihr, daß sie ihre Rückhaltung in Ergänzung und Erweiterung des Eisenbahnmateriale aufhebe und schneller mit der Erweiterung des Bahnnetzes vorgehe. Dann hätten die Eisenindustriellen Gelegenheit ihren Profit zu erhöhen und davon fiele dann Brocken für die Arbeiter ab. Das wäre ein wirklich praktisches Stück der Lösung der jetzigen Nothstandsfrage. Damit die Arbeiter nicht hungern, muß man die Ausbeuter sültern, das ist des Pudels Kern. Viel näher läge es, daß der Staat als Besitzer der Bahnen sein Material sich selbständig beschaffe, ohne Vermittlung von Privatkapitalisten und Industriellen. Der Staat, der die Bahnen selbst baut, kann auch für diese die Wagen bauen. Hier wäre eine Möglichkeit gegeben, einen großen Industriezweig der anarchischen Privat-Wirtschaft zu entziehen und ließe sich mit Leichtigkeit Ueberproduktion und Arbeitslosigkeit vermeiden. Das würden aber die Industrie- und Finanzbarone als eine Vererbung betrachten, wenn der Staat sich der Umschlingung durch die kapitalistischen Ausbeuter entzöge. Für sie hat der Staat nur der Helfershelfer ihrer Ausbeutungsgelüste zu sein.

Der unglücklichen Kommissionsrede des deutschen Herrn Reichskanzlers ist in Frankreich eine unverdiente Ehre widerfahren: die Franzosen haben nämlich entdeckt (S. z. B. die „Justice“ von gestern), daß der schlaue Herr Reichskanzler habe den Dreibund nur deshalb so jämmerlich klein und schwächlich hingestellt, um — Frankreich in Sicherheit zu weigen, und dann gelegentlich überfallen zu können. Oh, die Franzosen mögen sich trösten — der Ueberfall gilt uns.

Die Nachweisung über die Ergebnisse der anderweitigen Verpackung der im Jahre 1892 packlos gewordenen Domänevorkörper ist im Abgeordnetenhanse eingereicht. Danach sind im ganzen neuverpackt 13 558 Hektar (13 685 vor der Neuverpackung) mit 318 558 M. Grundsteuer-Reinertrag für 641 918 M. (früherer Bq. 609 638 M. 4 Pf.), also jetzt mehr 32 237 M. 86 Pf.) Der höhere Pachtpreis trifft jedoch nur die Neuverpackungen aus der Provinz Hannover, 4415 Hektar (gegen 4467 vorher), die einen um 78 489 M. höheren Pachtpreis als im Vorjahre erzielten. In den übrigen Provinzen ist der Pachtpreis zurückgegangen.

Die Welsensfonds-Quittungen. Wir wollen den Empfängern der Reptiliengelder die Qualen, welche sie bis zur Namensnennung auf dem glühenden Rost des Wartens erdulden müssen, durch einige freundliche Worte mildern — wir sind gutmüthige Leute — und im Ernst, ohne jeglichen Spott, das Jugenständnis machen, daß wir ihnen Unrecht gethan haben. Wir hatten nämlich gedacht, daß sie aller Scham bar seien. Und damit sind wir zu weit gegangen. Aus den verzweifelten Gesäußerungen, zu denen die Herren sammt ihren Trabanten durch unser Vorgehen veranlaßt worden sind, ersehen wir, daß sie der Scham noch fähig sind, indem sie den Bezug von Geldmitteln aus dem Welsensfonds für eine Niedertracht und den ganzen Welsensfonds alias Reptilienfonds für eine Schmach halten. Es ist

oder lieben ohne geliebt zu werden, oder geliebt werden, ohne zu lieben, oder ins Blaue hinein, Kreuz und Quer lieben können.

Jetzt hebt die Geschichte seines inneren Stücker an. Als Godefroid sein Genußleben geregelt und in der Portier-Gesellschaft, soweit sie ihm zusagte, sich und Stimme erlangt hatte, fühlte er, es war im Januar 1825, das unbewingliche Verlangen, sich in den Schutz eines Sonnenschirms zu begeben und das Recht zu erlangen, über die Untreue einer Weltkame zu klagen. Er wollte nicht mehr, den jungen Geden gleich, die in den Gängen des Opernhauses wie Hühner im Käfig herumgluckten, am Stiele einer von Frau Prevost für zehn Sous gekauften Mose muffeln. Kurz, er entschloß sich, Herz, Geist und Leidenschaft einer Frau zu Füßen zu legen, einer Frau, ja der Frau überhaupt.

Zunächst hatte er einen recht thörichtem Einfall: er träumte von einer unglücklichen Liebe und schwärmte eine Zeitlang für seine schöne Kousine, die Frau von Miegmont. Leider bemerkte er nicht, daß schon längst ein Diplomaten den Faustwaller mit ihr getanzt hatte.

Das ganze Jahr verfloß in vergeblichen Versuchen, Nachstellungen und unnützen Liebeleien. Den Gegenstand seiner Liebe, den er suchte, fand er nicht. Eine wirkliche Leidenschaft ist eben außerordentlich selten. Auf den Straßen wie in den Sitten erhoben sich damals Barrakaden. Wahrlich, Brüder, das „improper“ nimmt Besitz von uns.

Man wirft uns vor, wir psuchten den Porträtmalern, Auktionskommissionariern und Modenwaren-Händlerinnen ins Handwerk. Ich will Euch deshalb mit einer langen Beschreibung seines Ideals versehen. Nur das Signalement soll Ihr hören: Alter neunzehn Jahr, Größe ein Meter fünfzig, Haare blond, Augenbrauen dito, Augen blau, Stirn gewöhnlich, Nase gebogen, Mund klein, Rinn kurz und erhaben, Gesicht oval, besondere Kennzeichen keine.

Verlangt nicht mehr von mir, wie die löbliche Polizei, die Herren Bürgermeister aller Städte und Gemeinden Frankreichs, die Herren Landgebarnen und alle übrigen konstitutellen Gewalten. Verrathen will ich Euch aber, daß

das ein schwacher Lichtschimmer in dieser Nacht sittlicher Verkommenheit, und als wahrheitsliebende und gerechte Leute veräumen wir nicht, diese Thatsache festzustellen, den Männern im feurigen Ofen zum Trost und uns zum Vergnügen. —

Pindter quittirt den Fußtritt, welchen ihm Diebstecht in der Nothstands-Debatte gegeben, und schreibt in seiner und seines stillen Kompagnons „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ über die sozialdemokratische Bezugnahme auf den Stand der Spartakisten-Einlagen:

Abgesehen davon, daß die kürzlich bekannt gewordenen Ergebnisse dieser Statistik nicht von einem Rückgange der Einlagen oder einem Ueberwiegen der Rückzahlungen über die Einlagen, sondern nur davon berichten, daß das Anwachsen des Gesamtbetrages der Einlagen nicht in gleich hohem Maße, wie in den Vorjahren erfolgte, ist darauf hinzuweisen, daß sich jene Statistik auf das Jahr 1891 resp. 1891/92 bezieht, also gar nichts in bezug auf den Nothstand und die Arbeitslosigkeit beweisen kann, deren Vorhandensein der Abg. Diebstecht für Ende 1892 und Anfang 1893 behaupten will.

Aber Diebstecht hat ja gerade den Beweis geführt, daß es sich nicht um einen augenblicklichen und vorübergehenden Nothstand handelt. Und er verwandte die Spartakisten-Statistik nur als ein Glied in einer langen Kette der Beweisführung. —

Zulassung der Frauen zur Ausübung des ärztlichen Berufs. Der Kultusminister v. Bösse hat einen Erlaß an die Regierungen und an den Polizeipräsidenten von Berlin gerichtet, worin es heißt: „Es ist mir von Interesse, festzustellen, ob und in welchem Umfange im vorliegenden Verwaltungsbereich die Heilkunst von Frauen gewerbelich ausgeübt wird, unter welcher Bezeichnung dies geschieht und welche Erfahrungen bisher an diesen „Arztinnen“ in medizinischer Hinsicht und auf sozialem Gebiete gemacht worden sind. — Das ist auch eine derjenigen Enqueten, welche ange stellt werden, bloß um sich einem Entschlusse zu entziehen. —

Aus Hannover wird uns geschrieben: Herr Kultusminister Dr. Bösse gemährt dem gegen die Dissidenten gerichteten Erlaß seines Amtsvorgängers volle Billigung. Wir haben es nicht anders erwartet. Zwang in allen Ecken — das ist einmal das Zeichen der Zeit. Warum also nicht auch ein wenig Gewissenszwang? Der Himmel will auch seine Rekruten. Im Uebrigen ist ein kleines Stückchen Gewissenszwang garnicht so sehr von uns zu verachten. Es rüttelt die Geister auf und führt auch den letzten davon Betroffenen derjenigen Partei zu, die allein entschlossen und im stande ist, das arbeitende Volk von seinen Fesseln zu befreien. Wenn der Herr Minister wähnt, durch Aufrechterhaltung des gesegneten Erlasses das wankende, morische Christenthum zu befestigen, so dürfte er sich bald von seinem Irrthum überzeugen. Er müßte zugleich die Dissidentenkinder völlig dem Einflusse ihrer Eltern entziehen und außerdem noch einiges mehr können, wozu seine Macht glücklicherweise nicht anreicht. So lange es damit beim alten bleibt, ist für die Sache der Gewissensfreiheit noch nichts verloren, aber viel gewonnen. Der Erlaß erzeugt gegen das System und dessen Träger einen Haß, von dem der Herr Minister schwerlich auch nur eine schwache Vorstellung hat. Ganz nothwendig theilt dieser Haß sich der Seele der Kinder mit, denen bei jeder Gelegenheit mit bestem Erfolge von den Eltern auseinandergesetzt wird, daß die Glaubenslehren der Schule eben keinen Glauben verdienen. Die Folge hiervon ist natürlich die Frage der Kinder: „Warum wird es uns denn aber gelehrt?“ — Vielleicht wird einer der Dissidenten dem Herrn Minister einmal eine Blüthenlese derjenigen Antworten übermachen, die von den Eltern auf diese Frage ertheilt zu werden pflegen. Sie würde auch sonst manchem Erwachsenen geistige Anregung in Hülle und Fülle bieten können. — Hervorgerufen durch den Gewissenszwangserlaß und als Gegenwirkung gegen denselben wird sich hoffentlich bald eine mächtige atheistische Kindheits- und Jugendliteratur entwickeln, deren Bestandtheile von dissidentischen Eltern mit gutem Gewissen deren Kindern unter dem heidnischen Weihnachtsbaum gelegt werden können. Die Bourgeois-Jugendliteratur ist dazu längst nicht geeignet und zu sehr schnell.

es der Paß der Venus von Medici ist, den ich Euch eben vorgetragen habe.

Godefroid machte seinen ersten Besuch bei Frau von Nuzingen. Sie gab einen jener Välle, durch die sie mit Hug und Recht berühmt war. Bei der Quabrille sah Godefroid sein Ideal und wunderte sich, daß es gerade ein Meter fünfzig groß war.

Ihre blonden Haare rieselten in wallenden Kasernen von einem Köpfchen herab, das so treuerherzig und frisch in die Welt blickte wie eine Najade, die ihr Mädchen eben aus dem Krystallfenster ihrer Quelle stecht, um die Blumen des Bezuges zu betrachten. Neuester Stil! (Zieht sich wie Malavoni!)

Dem „Dito“ der Brauen hätte ein Dichter — ein hohes Polizeipräsidium möge es mir nicht übel nehmen — zu mindestens sechs Versen begeistert. Er hätte sie artig mit Cupido's Bogens verglichen und gesagt, daß der Pfeil, der darunter liege, ein schwacher Pfeil ohne Spitze sei. In ihren Augen lag nämlich die Sanftmuth eines Lämmchens.

Wißt Ihr wie blonde Haare und blaue Augen bei einer üppigen und doch keuschen Tänzerin wirken? Die junge Schöne dringt nicht unmittelbar in Euer Herz, wie eine Brinette, deren Blicke wie spanische Vettler zu Euch sprechen: Die Börse oder das Leben!

Solch aufdringliche und wohl auch gefährliche Schönheiten mögen ja vielen Männern gefallen, ich aber meine, eine Blondine, die so glücklich ist, sanft und hingebend auszuweisen, ohne dabei auf ihr Recht zum Widerspruch, zur Verzögerung, zu endlosen Reden, zu grundloser Eifersucht zu verzichten, weswegen wir im Grund genommen das Weib lieben, eine solche Blondine, sage ich, wird viel mehr Aussicht haben, einen Mann zu bekommen, als eine Brünnette. Holz ist aber theuer. —

„Haura's blendender Teint verrieth die Elasserin. Sie hatte in Straßburg das Licht der Welt erblickt und sprach das Deutsch mit einem leisen französischen Akzent, der ihr reizend stand. Sie tanzte wundervoll.“

Ihre Füßchen, die der Paßschreiber gar nicht erwähnt hat und die doch eine Stelle unter der Rubrik: Besondere

Privilegirung des Meistertitels für die Innungen verlangt eine von den Innungen im Umlauf gesetzte Petition, welche besagt, daß die Führung des Meistertitels nur Innungsmitgliedern gestattet und allen anderen Personen bei Strafe untersagt sein solle. Gegenwärtig ist nur die unbesugte Bezeichnung als „Innungsmeister“ strafbar. —

Wie kann eine Hebung der Messen erzielt werden? fragen Leipziger Zeitungen. Die richtige Antwort lautet sehr einfach: Gar nicht. Die Messen sind im Jahrhundert der Eisenbahnen und der Groschenpost ein Anachronismus, ein Ding der Vergangenheit, das, verwittert und verfallen, in die Gegenwart hineinragt, aber nicht wehr hineinpakt. Die „Hebung der Messen“ ist eine nahe Verwandte der Hebung des Handwerks. Wo die Fäulniß und Verwesung begonnen hat, da giebt's keine „Hebung“ mehr. —

In dem Dresdener Polizeiverbot der Arbeitslosenstatistik wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Dresden geschrieben:

„Das polizeiliche Verbot der von den hiesigen Sozialdemokraten versuchten Arbeitslosenstatistik wird hier lebhafter besprochen, als die Behörde vielleicht erwartet hat. Auch in hiesigen wissenschaftlichen Kreisen hat dieses Verbot überrascht, und zwar selbst bei Männern, die zwar energische, bekannte Gegner der Sozialdemokratie sind, aber doch wünschen, daß eine sachliche Darstellung vorhandener Uebelstände, auch wenn sie von der Sozialdemokratie geliefert wird, nicht unbeachtet bleiben, oder beschränkt werden möge. Man darf in dieser Hinsicht die Ueberzeugung hiesiger wissenschaftlich-sozialpolitisch wirkender Männer nicht mit dem Verhalten der Dresdener nichtsozialdemokratischen Presse verwechseln, die das Polizeiverbot einfach mittheilt. Nach unserer Ueberzeugung würde auch die Wissenschaft von der vereitelten Dresdener Arbeitslosenstatistik profitirt haben, für Staat und städtische Behörden würde sie von erheblicher Wichtigkeit gewesen sein, da bei den engen Grenzen, die unserer offiziellen Statistik gezogen sind, bis jetzt alle Fragen über den Umfang der Arbeitslosigkeit nur sehr mangelhaft beantwortet werden konnten. Die Arbeitslosigkeit ist auch in Dresden eine öffentliche Kalamität; eine genaue und zuverlässige Erforschung der Ausdehnung dieser Kalamität wird vielfach auch in der hiesigen nicht sozialdemokratischen Bevölkerung als eine Angelegenheit des öffentlichen Interesses angesehen. In diesen Kreisen weiß man es sehr wohl zu wurdigen, daß die Dresdener Sozialdemokraten bestrebt gewesen sind, ihre Arbeitslosenstatistik so sachlich und vollständig zu gestalten, wie nur immer eine derartige Statistik sein kann.“

Präsidentenkrise in Frankreich? Die Feinde der französischen Republik geben sich — und von ihrem Standpunkt aus ist dies ja sehr begründlich — die äußerste Mühe, den Präsidenten Carnot in den Panama-Skandal hineinzuziehen. Solange es geht, so sagen sie sich, wo die Kammer, der Senat und ein großer Theil der bisherigen Regierungsglieder moralisch diskreditirt sind, auch den Präsidenten der Republik zu diskreditiren, dann wäre der letzte feste Punkt der Republik erschüttert, und den Feinden der Republik die Bahn geöffnet. Der Versuch, Carnot zum direkten Mitschuldigen der Panama-Spühbüden zu stempeln, ist mißlungen. Aber ist er nicht indirekt Mitschuldiger? Hat er durch sein Handeln nicht den Schuldigen Vorwuch geleiht? Ein Pariser Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ bejaht dies halb, indem er schreibt:

Thatsache ist, daß Herr Carnot seit dem Beginn der Panama-Krise eine Politik gemacht hat, die sich immer deutlicher als eine unrichtige herausstellte. Herr Carnot hatte nur eines zu thun: im geeigneten Moment die Kammer aufzulösen und eine Hofschaft an das Land zu richten, worin er, über den Kopf der regierenden politischen Goteris hinweg die Wähler zur Wahl unbefolgtener und ehrlich republikanischer Volksvertreter hätte auffordern müssen. So hätte die Rede des Herrn Delahaye, die Enquete-Kommission, die ganze Reihe der Skandale vermieden werden können; die Wähler hätten an den Schuldigen das Strafgericht geübt, indem sie dieselben einfach in die Versenkung hätten fallen lassen; die Republik wäre dadurch fester als je begründet worden und Herr Carnot wäre der populärste Mann in Frankreich gewesen. Statt dessen hat er zu retten versucht, was nicht zu retten war, hat einige unglückselige Untersuchungs-Experimente gemacht, hat dadurch im Lande viel von seinem Prestige eingebüßt und hat seinen Gegnern Angriffspunkte gegeben, die so gefährlich sind, daß man nicht weiß, ob es der notorischen Lauterkeit seines Charakters und seiner Intentionen gelingen wird, ihm durch diese Krisis hindurchzuhelfen.

Ganz gerecht ist dieses Urtheil wohl nicht. Allerdings wurde von revolutionärer Seite die Forderung erhoben, die

Kenntzeichen verdienen, waren das zierlichste Gebilde der Welt. Beim Tanz bewegten sie sich mit jener Anmuth, welche die alten Meister „Fiedflad“ nannten.

Fauras Füßchen tanzten so sicher, so fest, so leicht, so rasch, daß in ihrer Sprache die schönste Prophezeiung für alle Herzenssachen lag.

Sie hat Fiedflad, was das höchste Lob, das Marcel, der einzige Tanzmeister, der den Namen der Große verdient, ertheilen konnte. Schon bei Lebzeiten hieß er Marcel der Große!

„Hat er Ballets komponirt?“ fragte Finot.
„Ja, einige: Die vier Elemente, das galante Europa.“

„Welch eine Zeit, die Zeit, da noch Grandseigneurs die Tänzerinnen ankleideten!“ rief Finot.

„Improper!“ versetzte Dixiou. „Haura tanzte nicht auf den Fußspitzen, sie blieb auf der Erde und wiegte sich nicht zu hölzernen und nicht zu üppigen, wie es sich für junge Mädchen gerade schickt, sanft und zierlich dahin.“

Jeder Stand hat seinen Tanz! sagte einmal Marcel mit tiefer Philosophie: Eine verheirathete Frau muß anders tanzen, wie ein junges Mädchen, ein Beamter anders als ein Banquier und ein Krieger anders wie ein Page. Ja er behauptete sogar, ein Zufanterist müsse anders tanzen wie ein Kavallerist, und von diesem Standpunkt ging er zur Analisirung der ganzen Gesellschaft über. Ach, wir haben kein Verständnis für so zarte Nuancen mehr!

Godefroid, fuhr Dixiou nach einer kleinen trüben Pause fort, „hatte auf seiner Reise durch Europa zu eingehenden Studien über alle ausländischen Tänze reichlich Gelegenheit gehabt. Ohne seine intime Kenntniß der Choreographie, die leider für werthlos gilt, hätte er das junge Mädchen vielleicht nicht geliebt. Aber von den dreihundert Gästen, die sich in den schönen Salons der Rue St. Lazare drängten, war er der Einzige, der die stumme Liebesprache ihres Tanzes errieth.“

(Fortsetzung folgt.)

Sommer sofort nach dem Plagen des großen Eitersgeschwürs aufzulösen und an das Land zu appellieren — allein Carnot ist doch kein Revolutionär. Und er mußte sich sagen, daß eine Auflösung in jenem Augenblick wohl den Revolutionären, nicht aber der bürgerlichen Republik, als deren Vertreter er zum Präsidenten gewählt ist, zum Heil ausschlagen würde. Man verhehe sich in seine Lage: alle irgend hervorragenden Republikaner verdächtig, unter dem hängenden Schwert der denkbar schlimmsten Anklagen — wie konnte da die bürgerliche Republik vor die Wähler hinführen? Eine verschmetternde Niederlage war unvermeidlich, die Revolutionäre hätten sich als Erben der verfaulenden Bourgeoisdemokratie gemeldet, und die reaktionären Parteien hätten in Trüben zu fischen gesucht — und wohl auch manchen erfolgreichen Zug gemacht.

Wir glauben also, daß Carnot von seinem Standpunkt aus klug gehandelt hat, nicht sofort aufzulösen. Inzwischen hat aber die Sache sich geändert. Der Prozeß und die Untersuchung gegen die „Panamiten“ ist im Gange: Die Regierung sitzt fest genug im Sattel, um die Wahlleuten zu können — und längeres Dinauschieben kann der Republik in der öffentlichen Meinung nur schaden. — Die Äußerung des deutschen Reichskanzlers, daß in Frankreich eine Diktatur möglich sei, hat in Frankreich beiläufig eine sehr gute Wirkung getan. Wenn die Gefahr einer Diktatur — wir reden natürlich nicht von einer revolutionären, sondern einer reaktionär-militärischen Diktatur — überhaupt je vorhanden gewesen wäre, so würde sie durch die Erklärung des deutschen Reichskanzlers, welche eine Warnung und Mahnung zu gleicher Zeit ist — wenn auch nicht eine beabsichtigte — beseitigt worden sein. Es giebt Möglichkeiten, an die man nur zu denken braucht, um sie in Unmöglichkeit zu verwandeln. —

Probat. Die französische Regierung weist jetzt die ausländischen Zeitungskorrespondenten aus, die über den Panama-Skandal — nicht lügen. Das geliebte „Väterchen“ macht's geradeso. Allerdings auch noch andere Leute. —

Die französischen Sozialisten. Aus Paris schreibt man uns unterm 14. d. M.: Die Vorbereitungen zur Gründung der sozialistischen Aktionsliga sind in der Sitzung vom 12. Januar endgiltig abgeschlossen worden. Die Bildung der Liga ist von nun an eine vollendete Tatsache; in den angenommenen Statuten heißt es: „Die Liga bedeutet die Konzentration der Kräfte der Arbeiter- und sozialistischen Bewegung“. Sie ist dazu bestimmt, allen reaktionären Strömungen, welche den Bestand der Republik gefährden könnten, mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Von den Mitgliedern der Liga verlangt man die Erklärung, daß sie revolutionäre und international gesinnte Sozialisten sind und als solche handeln wollen; sie müssen sich verpflichten, „den Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalistenklasse mit allen Mitteln zu führen.“ Das Komitee der Liga wird aus je zwei Delegirten jeder der fünf sozialistischen Fraktionen gebildet werden, denen sich je ein Delegirter von den Sektionen anschließen soll, die der Liga angehören. In jedem Arrondissement soll eine Sektion gebildet werden; Paris zählt beinahe 20 Arrondissements. Es gilt nun vor allem, auch Covinc in die Bewegung hineinanzuziehen und zur Betreibung einer einheitlichen energischen Agitation die nöthigen Mittel aufzubringen. Die Liga hat bereits ein Manifest ans Volk erlassen, in welchem die Befreiung der bürgerlichen Gesellschaft geschildert und das Ende des heutigen Regimes als nahe bevorstehend bezeichnet wird; die Auflösung der Kammer wird als eine der zunächst notwendigsten Maßregeln gefordert; an alle Bürger, denen daran liegt, die republikanische Staatsform zu wahren und im demokratischen Sinne weiter auszubauen, um so schließlich die soziale Republik zu begründen, richtet sich der Ruf, der Liga beizutreten. —

Korraption überall. In Woolwich — England — sind ausgedehnte militärische Unterschleife entdeckt worden, und gegen eine Anzahl höherer Offiziere der Kavallerie und Artillerie mußte eine Untersuchung wegen „Unregelmäßigkeiten“ bei Armeelieferungen anhängig gemacht werden. Die englischen Offiziere gehören ausnahmslos entweder zu den „Edelsten der Nation“ oder zur „Blüthe der Bourgeoisie.“ —

Die englische Bergarbeiter-Konferenz hat sich mit 67 gegen 2 Stimmen zu Gunsten des gesetzlichen Achtstundentags für Bergwerke ausgesprochen. Mit Ausnahme von Northumberland, welches die Beschickung der Konferenz ablehnte, waren sämtliche Kohlenbezirke auf ihre Vertreter. Diese Entscheidung bedeutet einen gründlichen Bruch mit der Ueberlieferung der alten Trades-Unions, welche die Abkürzung der Arbeitszeit auf dem Wege der Vereinbarung erzielen zu können glaubten. —

Einen klassischen Finanzkünstler hat Griechenland. Er sitzt im Ministerium und hat einen Gesehentwurf angearbeitet, nach welchem der Druck der alten Klassiker Staatsmonopol werden soll. Ein Glück, daß das Land einen Homer, Sophokles und andere unsterbliche Geisteshelden gehabt hat, die zu lesen für jeden Gebildeten ein Bedürfnis ist. So wird eine Einnahme nicht ausbleiben. Ob unsere Regierung nicht in Versuchung kommt, das Beispiel Griechenlands nachzunehmen? Da unsere alten Klassiker des richtigen nationalen Geistes entbehren, könnte man ja die modernen „nationalen“ Schriftsteller, Redner und Dichter verstaatlichen: die Bismarck (in dem die Reptilienfonds-Stipendiaten beklammelt das „größte deutsche Sprachgenie“ entdeckt haben), die Lindau, Felix Dahn, Ebers, Wildenbruch, Hans Blum und ähnliches Volk. Dann wären die Genannten doch einmal gemeinnützlich. Allerdings — man müßte die Steuer auf's Exemplar etwas hoch bemessen, damit der Ertrag ein genügender, und eine hohe Besteuerung könnte abschreckend wirken — und es wäre doch eine nationale Kalamität, wenn die genannten Herren des nationalen Gedankens nicht mehr gelesen würden, weil ein Groschen, oder sagen wir eine halbe Mark pro Exemplar dem deutschen Volke zu viel wäre. Und möglich wäre dies. Das Volk ist so undankbar. —

Kolonialpolitisches. Die Redaktion der „Deutschen Kolonialzeitung“ schreibt in einer Fußnote: „Es werden Fälle berichtet, daß untergeordnete deutsche Beamte wegen einer einem fremden Regierung applizierten Ehrfurcht bestraft worden sind, daß einem deutschen Planer selbst das Recht der väterlichen Züchtigung, welches doch jeder Dienstherr seinen Leuten gegenüber hat, unterzogen worden ist, und daß infolge-

dessen die Weihen von den Regern einfach ausgelacht werden.“ Ferner beschwert sich die Redaktion der Zeitung darüber, daß es der stellvertretende Kanzler gewagt habe, einen deutschen Spionbuben mit einem schwarzen — zusammen in Kamerun ins Gefängnis zu stecken.

In demselben Blatte steht ein Dr. Hindorf auseinander, daß er es nicht verstehe, wie es sich mit der gerühmten preussischen Sparsamkeit vereinigen lasse, daß man für eine große Anzahl von untergeordneten Bureau-Beamten Gehälter von 8000 bis 7500 M. aussetze, also für Leute, die in der Heimath vor ihrer Ausreise gar nichts waren und nun in Afrika die Herren spielen.

Jedenfalls werfen diese niedlichen Bekenntnisse einer feudalen Kolonialpolitik ein großes Schlaglicht auf die hohe sittliche Auffassung über moderne Kultur in zivilisirten Militärrstaaten. —

Vom Bergarbeiterstreik.

Aus Saarbrücken wird uns von zuverlässiger Seite mitgetheilt, daß der Streik im Abnehmen ist. Die sogenannten amtlichen Angaben über die Zahl der Ansehenden trafen jedoch nicht zu.

Das Wolfslische Bureau berichtet aus Saarbrücken unterm 16. Januar, es seien an diesem Tage nur noch 2900 Bergleute ausständig gewesen. Diese Angabe ist jedenfalls ungeheuerlich übertrieben, denn sonst würden die am Sonntag in Bildstock, Buttlingen, Schwalbach und Guichenbach stattgehabten Versammlungen, die, wie Wolff weiter berichtet, Fortsetzung des Streiks beschlossen, sicherlich den gegentheiligen Bescheid gesagt haben.

Aus dem nördlichen Streikgebiet liegen folgende Nachrichten vor:

Welschlichen, 16. Januar. (M. Z. B.) Der Vorsitzende des Bergarbeiter-Verbandes, Ludwig Schröder, ist heute verhaftet worden. — Im hiesigen Bezirk ist heute Alles angefahren. Der Ausstand ist als beendet anzusehen.

Essen a. d. Ruhr, 16. Januar. (M. Z. B.) Auf Zeche „Gustav“ wurden bei der gestrigen Frühlichtung von der 600 zahlenden Belegschaft 100 am Streiketheilnahme, die anfahren wollten, abgelehnt. Auf Zeche „Carolus Magnus“ erhielten von 700 Bergarbeitern 800 die Abkehr. Vallmann, der Führer des Essener Reviers, wurde gestern Nachmittag auf Grund des § 110 des Strafgesetzbuchs verhaftet. — Neu ausständig sind die Zechen „Sieben Planeten“, „Freie Vögel“ und „Unverhofft“. Auf den Zechen „Margaretha“, „Hofstein“ und „Dahlhauser Tiefbau“ ist bis heute Mittag eine bedeutende Abnahme des Ausstandes bemerkbar. Es streiken im ganzen noch ca. 15 500 Bergarbeiter. Auch auf „Jolera“ und „Germania“ erhielten viele Bergleute die Abkehr. — Die heute stattgehabte Bergarbeiter-Versammlung wurde gleich nach der Eröffnung aufgelöst, als ein Bergmann die Bekanntmachung des Vorsitzenden von der Verhaftung Vallmanns mit „Psui“ beantwortete. Die Anwesenden verließen ruhig den Saal.

Herne, 16. Januar. (M. Z. B.) In dem benachbarten Orte Niemele sollte gestern Abend unter freiem Himmel eine Bergarbeiter-Versammlung stattfinden, welche mündlich verhandelt war. Beim Erscheinen von Gendarmen zerstreuten sich die Bergarbeiter, welche in einer Stärke von über 100 Mann erschienen waren.

Die Arbeiter Offenbachs a. M. nahmen am 14. Januar in einer von den vereinigten Fach- und Unterstützungsvereinständen einberufenen allgemeinen Versammlung Stellung zum Bergarbeiterstreik. Nach längerer eingehender Debatte, an welcher sich auch der Reichstags-Abgeordnete Senoffe Ulrich beteiligte, wurde einstimmig folgende Resolution gefaßt: „Die heute im Saale zur Stadt Heilbronn versammelten Arbeiter Offenbachs erkennen nach den verschiedenen Ausführungen den Ausstand der Bergarbeiter für vollständig gerechtfertigt an und verprechen, diese in jeder Weise unterstützen zu wollen.“ Demerkt mag noch sein, daß seitens der Einberufer der Versammlung ein Referent nicht bestellt war, aber eine Anzahl Anwesende über den Ausstand so genaue Informationen besaßen, daß vollständig die Erklärung geschaffen werden konnte. Von den vereinigten Fach- und Unterstützungsvereinständen sind bereits 100 M. zur Unterstützung der Bergleute nach St. Johann an den Genossen Emmel abgegangen.

Die Forderungen, welche dem Vorsitzenden des Vereins für bergbauische Interessen von der Ausstands-Kommission zugestellt wurden, lauten: Achtstündige Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt, 25 Prozent Lohnerhöhung für alle Bergarbeiter über und unter Tage, Anlegung früher Gemap-register und Unterlassung fernerer Maßregelungen, Zurücknahme der neuen Bergarbeiterordnung, Selbstverwaltung der Knappschafts-Klasse, Anerkennung der Arbeiterausschüsse und freie Wahl derselben nur durch die Belegschaft auf jederzeitigen Wiedererwerb.

Der Vorstand des genannten Vereins hat ein Rundschreiben an die Zechen erlassen, das an Uebermüth alles leistet, was von einem versteinten Kapitalistenberg vermahnt werden kann. Es hat nach der Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ folgenden Wortlaut:

„Der Vorstand ersucht die Vereinstagehchen mit Rücksicht auf die weitere Entwicklung der Ausstandsbewegung auf das dringendste, den ausländischen Bergarbeitern gegenüber von den im Rundschreiben des Vorstandes vom 10. d. Mts. angezogenen §§ 3 und 6 der Arbeitsordnung anstandslos den striktesten Gebrauch zu machen. Nur, wenn dies geschieht, darf gehofft werden, daß die Belegschaften sich der Tragweite ihrer unverantwortlichen kontraktbrüchigen Verhaltens bewusst werden und einsehen lernen, daß die begangene grobe Pflichtverletzung mit empfindlichen Nachtheilen für sie verbunden sein muß. Es wird daher 1. daran festzuhalten sein, daß alle Bergarbeiter, welche drei aufeinanderfolgende Schichten feiern, aus der Liste der Arbeiter gestrichen und somit entlassen werden — § 3 der Arbeitsordnung. Es empfiehlt sich, die Liste der Entlassenen namentlich durch Anschlag bekannt zu machen und für dieselben die Abkehr bereit zu halten. Die Ausschließung derselben erfolgt an dem regelmäßigen Lohnstage, da sie keinen Anspruch auf sofortige Zahlung desselben haben. Eine spätere Wiederzulassung zur Arbeit kann nur unter den Voraussetzungen erfolgen, unter denen die Annahme von neu sich meldenden Arbeitern überhaupt geschieht. Hierbei ist jedenfalls so zu verfahren, daß die etwaige Wiederannahme zur Arbeit nicht sofort bei der Meldung oder dem Ausbändigen des Abkehrschreibens erfolgt, sondern erst nach einer, von jeder Zeche gemäß ihrer Verhältnisse zu bestimmenden Frist, damit den kontraktbrüchigen Arbeitern Har und begerlich gemacht wird, daß die Wiederaufnahme der Arbeit nicht allein von ihrem Willen, sondern in erster Linie von dem Willen der Zechenverwaltung abhängt. 2. Jedem Bergarbeiter, welcher sich am Ausstande betheiligt und drei aufeinanderfolgende Schichten gefeiert hat, ist ohne Rücksicht darauf, ob er nach der gemäß § 3 der Arbeitsordnung erfolgten Entlassung aus der Arbeit später wieder Annahme zur Arbeit gefunden hat oder nicht, bei Auszahlung des für den Monat Dezember 1892 fällig werdenden Lohnes der in § 6 der Arbeitsordnung festgesetzte Schadensersatzbetrag ohne weiteres in Abzug zu bringen. Tergelbe berechnet sich hier auf den dreifachen Betrag des durchschnittlichen Tages-Arbeitsverdienstes des Monats Dezember 1892. 3. Diejenigen Arbeiter, welche infolge ihrer Betheiligung am Ausstande nur eine oder zwei Schichten versäumt haben und somit aus der Arbeit nicht entlassen wurden, sind in Gemäßheit der §§ 22 und 23 der Arbeitsordnung in

Stärke zu nehmen. Der Vorstand empfiehlt auf Grund einmündigen Beschlusses den Vereinstagehchen endlich auf das dringendste, keinen Bergarbeiter anzunehmen, welcher wegen Betheiligung am Ausstande auf einer anderen Zeche aus der Arbeit entlassen worden ist. Diese Maßregel wird um so leichter durchzuführen sein, als es in Anbetracht der Verhältnisse der Industrie im allgemeinen sowohl wie insbesondere auch des Bergbaues von keinem wirtschaftlichen Nachtheile sein wird, wenn die Förderung der Steinkohlegzechen auf längere Zeit weitestgehend beschränkt werden sollte.“

Diese Behandlung der Bergleute ist einfach schändlich. Das offiziöse Blatt des „neuen“ Kurzes, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, druckt jenes Zirkular gleichwohl ohne Bemerkung ab.

Die Polizei unterstützt die Kohlenbarone derartig durch Verhaftungen von Bergleuten, daß in Essen bereits die Zellen des Gefängnisses überfüllt sind. Truppweise werden die Bergleute, aneinandergeschlossen, durch die Straßen geführt. Wegen der Ueberfüllung ist eine Anzahl Gefangener nach auswärtigen Gefängnissen transportirt worden. Im Laufe dieser Woche soll wieder ein Transport Gefangener nach auswärts abgehen. Die „Frankf. Stg.“ bemerkt zu diesen behördlichen Maßregeln: „Die Erbitterung, die man darüber in der Arbeiterschaft empfindet, sängt schon an, in die bürgerlichen Kreise durchzudringen. Man sagt sich hier offen, daß ohne das Eingreifen der Gendarmen der Ausstand heute wahrscheinlich einen wesentlichen Rückgang erfahren haben würde, während er jetzt stationär geblieben ist und bei Fortsetzung der bisherigen Besänftigungsmethode auch noch einige Tage auf dieser Höhe verharren wird. Da nun das polizeiliche Eingreifen sich überall als gleich prompt und energisch herausstellt, so ist man zu der Annahme gezwungen, daß ein allgemeiner Erlass oder Wink gegeben worden ist, dem im ganzen Revier mit militärischer Pünktlichkeit entsprochen wird. Das ist tief bedauerlich. Unter den Zechenbesitzern erregt das „strenge“ Vorgehen allerdings die vollste Befriedigung. Sie stellen sich damit und sonderbar auf den einseitigen Unternehmerstandpunkt und klatschen der gestrigen Stummischen Rede den lebhaftesten Beifall. Für die „Energie“ der Verwaltungen liegen schon Beispiele vor. So hat die „Hibernia“ getrenn (am 13. Januar) zweihundert ihrer Leute ohne Wahl den Abkehrschein in's Haus gesandt, indem sie sich dabei auf § 8 der neuen Arbeitsordnung stützte; andere Zechen werden heute diesem Beispiele folgen. Die Unternehmerpresse zeichnet mit großer Berriedigung, daß in Folge dieser löblchen Entschlossenheit heute Morgen sich die Zahl der auf „Hibernia“ Angefahrenen wesentlich erhöht hat. Das ist richtig. Haben die Verwaltungen aber einen sichhaltigen Grund, diese Wirkung auf Leute, denen vielleicht schon der Hunger im Magen brannte, als etwas Feilkaues zu begründen, wenn sie nicht gleichzeitig den ersten Vorfall lassen — und dies geschieht nicht! — den begründeten Beschwerden der Leute abhelfen? Die Ansehenden haben der wirtschaftlichen Macht gehorcht; der augenblickliche Vortheil für die Verwaltung wird aber weitaus paralistirt durch den Jorn und die Wuth, die sich in der Brust der also zur Arbeit Gezwungenen festsetzt. Ein ruhiger und vorurtheilsfreier Kenner der Verhältnisse sagte mir heute, daß, wenn auch der augenblickliche Ausstand mit einer schweren Niederlage für die Arbeiter ende, der nächste um so schneller und wuchtiger ausbrechen müsse. Wir wandelten hier auf einem Vulkan und leiner der dazu berufenen Faktoren denke daran, die unter der Oberfläche vorhandene ungeheure Gluth mittelst einer gesunden und weitgehenden sozialpolitischen Fürsorge zu löschen. Die Hoffnung auf die Regierung hatte der Mann vollständig aufgegeben.“

Am die Mitglieder des Reichstags in folgende Kundgebung gerichtet worden: „Wenn im Reichstags am 12. Januar 1893 von dem Arbeitsminister Frhr. von Veroleph angelehnt wird, es seien bei ihm keine Beschwerden eingelaufen, so das ein Beweis, daß von der Kgl. Bergwerks-Direktion in Saarbrücken die Beschwerden, welche von den Grubenausschüssen eingebracht wurden, nicht dem Herrn Minister vorgelegt sind; das geht aus der Rede des Herrn Ministers hervor. Es wird von den Bergleuten der sozialischen Gruben sehr bedauert, daß der Herr Minister nicht weiß, daß von den Grubenausschüssen im Namen der Kameraden aller Inspektionen gegen die neue Bergarbeiter-Ordnung Protest erhoben ist. Es wird das um so mehr bedauert, als auf Veranlassung des Herrn Ministers die Grubenausschüsse den Bergleuten als Vertreter beigegeben sind, um sämtliche Beschwerden der Belegschaft einzubringen, damit man an höherer Stelle Einsicht in die Lage der Bergarbeiter bekommt, und wenn Mithstände entstehen, Abhilfe geschaffen werden kann. Wenn ferner angeführt wird, Barlen hätte die Arbeiter zum Ausstand aufgefördert unter dem Motto „Wahrheit, Freiheit und Recht“, so geht man von dem Standpunkte aus, der Rechtschuttsverein an der Saar oder dessen Führer hätte die Bergleute zum Streik verleitet. Das ist eher läger als Wahrheit, denn es geht aus den Abkehrschein hervor, daß der Streik aus der ganzen Belegschaft entsprungen ist, da alle Vertreter mit wenig Ausnahmen — nämlich Grubenausschüsse und die Knappschaftsältesten — ihren Abkehrschein erhalten haben, weil sie im Auftrage ihrer Kameraden, wie oben angeführt, gegen die neue Arbeitsordnung Protest erhoben haben. Nun fragen wir den Herrn Minister, ob er deshalb dem Arbeiter die Grubenausschüsse gegeben hat, daß, wenn sie Beschwerde führen, nicht gehört und nachher, wenn ein Streik ausbricht, sie auf die Landtroße geworfen werden? Sollte es dem Herrn Minister an Beschwerden fehlen, so sind wir bereit, ihm, sowie Allen, die es verlangen, unsere Beschwerden persönlich oder schriftlich mitzutheilen und in Zukunft alle Beschwerden an den Herrn Minister richten. Wir hoffen und erwarten, daß der hohe Reichstag, die Vertreter, die wir gewählt haben, sich auf einen anderen Standpunkt stellen wie der Herr Minister und der Abg. v. Stamm. Der Schlußsatz aus der Rede des Herrn Ministers (ebenfalls wird der Streik nicht beendet werden mit dem Nachgeben der Verwaltung) kann nicht die Veruhigung der Bergleute an der Saar herbeiführen. Noch weniger beruhigend wird die Rede des Herrn v. Stamm. Wir bedauern den künftigen Stumm, daß er von Wählern ein Mandat übernimmt, wo er selbst angiebt, die Wähler seien sammt und sonderb Sozialdemokraten. Wir bedauern ferner, daß wir als Staatsbürger und Staatsarbeiter von den höheren Behörden nicht einmal gehört werden. Im Namen aller Bergleute der Vorstand des Reichstags-Vereins: Joh. Lambert, P. Schillo, Jaf. Thome, Mich. Speicher-Engel, Georg Wagner, Joh. Mohr v. Peter Schäfer, Ludwig Anschütz.“

Briefkasten der Redaktion.

B. S. Die Frau kann, wenn sie nicht erbt, den Vertrag aufheben, wenn sie nachweist, daß durch den Todesfall an ihren Umständen eine Veränderung vorgefallen ist, vermöge welcher ihr aus der Fortsetzung des Kontraks ein erheblicher Nachtheil erwachsen würde.“ Erbt sie, so kann sie, falls der Vertrag nicht eine frühere Kündigung zuläßt, erst zum 1. Oktober kündigen.

Stenographenschule Friedröhberg. Um nicht eventuell Steuern zahlen zu müssen, lassen Sie jedes Mal nach Anfnkt der Größensendung beschiessen, daß auch die Mitglieder so und so viel der Vereinstasse besteuern oder lassen Sie bei jedem Einzelkauf ausdrücklich von den Mitgliedern feststellen, so und so viel bitte ich dem Verein als außerordentliche Beigabe zuzuführen.

M. S. 48. Richtet sich nach dem Inhalt des Vertrages.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 17. Januar.
Gyrenhaus. Die Fere.
Schauspielhaus. Was ihr wollt.
Leffing-Theater. Heimath.
Wallner-Theater. Der Probepfeil.
Berliner Theater. Dora.
Deutsches Theater. Zwei glückliche Tage.
Kroll's Theater. Die Nachtwandlerin.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
Kesdanz-Theater. Familie Pont-Biquet.
Neues Theater. Die Vore. Die kleine Marquise.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Das verwunschene Schloß.
Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.
Thomas-Theater. Die Ogerin von Wien.
National-Theater. Wilhelm Tell.
Alexanderplatz-Theater. Der polnische Jude.
Polka-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
 Zum 24. Male:
Modernes Babylon.
 Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Couplets theilweise von G. Görs. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.
 Neu! Neu!
Der Volksmund in Berlin. versch. u. vorgef. v. Alfred Bender. Neu! Die Lyroer Duettisten Neu! Geschwister Rainer. Jeden Abend jubelnder Beifall des Saalbesuchers Blank und der Erobenwohner oder: Das Kind in der Kommode. Realistisch-parodistischer Vorgang im Keller, beobachtet vom Hofe aus. Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 9 1/2 Uhr.

Passage-Panopticum.
 Neu!
 Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Castan's Panoptikum.
Tai-za-Wunder.
 Geheimnißvollste Seelenwanderung.
Lotosblume.
Fantoch-Theater.
 Andere Illusionen.
 Sämmtlich ohne Extra-Entree.
 Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Kaufmann's Variété
 Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
The Maatwoods, Rephisto-
 3 Schwest. Beretti, Kunst-Mad-
 Braselli, amerikanische Pro-
 duction auf der frei-
 stehenden Leiter.
Mr. Rappos-Jenny, Jongleure
 und Equi-
 libristen.
Mlle. M. Bollena, Instrumental-
 talist.
The Lee's, unbewachte Momente
 zweier Regierflaven.
Mr. Barnum m. f. dreifürten
 Niesen-Doggen.
Theod. Bierrath, Pannemann.
Lily Bellini, Kostüm-
 Soubrette.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Entree 50 Pf.

Circus Renz.
 (Raststraße.)
 Dienstag, den 17. Januar 1893,
 Abends 7 1/2 Uhr:
Große Extra-Vorstellung.
 Aus dem Programm u. a. hervor-
 zuheben: **Mr. James Pillis** mit
 dem Schulpferde **Germinal.** Mit-
 wirkung sämtlicher Kunstkapazitäten.
 Zum Schluss:
Ein Künstlerfest.
 Große Ausstattungs-Pantomime v.
 Hof-Balletmeister A. Siems. Mit
 überrasch. Licht- u. Wassereffekten,
 auf das Glänzendste inszenirt vom
 Direktor **Fr. Renz.** Costüme, Wagen,
 Requisiten vollständig neu. Ballet
 von 100 Damen.
 Morgen, Dienstag, Abends 7 1/2 Uhr:
 Gr. Vorstellung mit neuem Programm
 und **Ein Künstlerfest.**
Fr. Renz, Direktor.
 Saal täglich frei Bärthstr. 45. [860b

Feen-Palast
 Burgstraße, neben der Börse.
 Welt-Kokal Berlins, 5000 Pers. fassend.
 Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung
 mit großem Programm.
Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonnt.
6 Uhr. Kasseneröffnung 1 Std. vorher.
 Entree 50 Pf.
Schmiedel's Festsäle,
 Alte Jakobstr. 32,
 neben dem Thomas-Theater.
 Empfehle meine elegant ausgestat-
 teten **Säle,** elektrisch beleuchtet, Theater-
 bühne etc. zur Abhaltung jeder Art Fest-
 lichkeit unter kulantesten Bedingungen.
G. Schmiedel Wwe.
 Masken-Kostüme verleiht billig Klar,
 Raunungsstr. 18, 1 Tr. 9376

Vier grosse
Volks-Versammlungen
aller Arbeitslosen Berlins

Mittwoch, 18. Januar,
Vormittags 9 1/2 Uhr,
1. Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg,
 Referent: Reichstags-Abgeordneter August Bebel,
2. Konkordia-Festsäle, Andreasstr. 64
 Referent: Reichstags-Abgeordneter Paul Singer,
3. Brauerei Friedrichshain (Lips),
 Referent: Reichstags-Abgeordneter Dreesbach,
4. „Zum Schultheiss“ (fr. Eiskeller),
 Chausseestraße 88,
 Referent: Reichstags-Abgeordneter Wilh. Liebknecht.
 Tagesordnung in allen Versammlungen:
Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit und
die Nothstands-Interpellation der sozial-
demokratischen Fraktion vor dem Deut-
schen Reichstage. 343/1
 Pflicht aller Arbeitslosen ist es, in diesen Versamm-
 lungen zu erscheinen. Die Vertrauenspersonen.

Charlottenburg.
 Donnerstag, den 19. Januar, Vormitt. 10 Uhr, in der **Gambrius-**
Brauerei, Wallstraße 16 und Bismarckstraße 23a:
Große Arbeitslosen-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Kessler.** 2. Berichterstattung der in der
 vorigen Versammlung gewählten Deputation. 3. Diskussion und Verschiedenes.
Der Einberufer.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Dienstag, den 17. Januar, Abends 8 Uhr, in **Feuerstein's Lokal,**
 Alte Jakobstraße 75 (oberer Saal):
Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen (auch der Arbeitslosen) wird
 gebeten. 870/4 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Dienstag, den 17. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,
Versammlung
 im Lokale „**Arvania**“, Wrangelstraße 9/10.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Mattulat** über Spiri-
 tismus und Hypnotismus. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste haben
 Zutritt. Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.
 Die Zahlstellen des Vereins befinden sich im **Südosten.** 239/14
Osten.
 W. Look, Friedrichsbergerstr. 11. F. Zabel, Raunungsstr. 86.
 O. Zabel, Frankfurter Allee 90. K. Scholz, Wrangelstr. 32.
 E. Böhl, Frankfurter Allee 74. G. Schulz, Kottbuser Platz.
 Ungering, Breslauerstr. 27. B. Stabernaek, Wrangelstr. 85.
 Spieckermann, Markstr. 6. P. Spindler, Reichsbergerstr. 118.
 Rattke, Krautstr. 48.
 H. Gumpel, Barnimsstr. 42. **Der Vorstand.**

Surg- u. Wolfgang-Feen-Palast. Surg- u. Wolfgang-
 Straßen-Ecke. Straßen-Ecke.
Sonnabend, den 21. Januar 1893:
2. Stiftungs-Fest
 der
Arbeiter-Bildungs-Schule Berlins
 verbunden mit
Konzert und Ball.
 Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten **W. Liebknecht.**
 Festspiel:
Die französische Revolution.
 Episch-dramatische Dichtung in 12 lebenden Bildern
 von **C. M. Scävola.**
 1. König Ludwig XVI. und seines Thrones Stützen. — 2. Der Schwur
 im Ballhaus. — 3. Camille Desmoulins im Garten des Palais Royal. —
 4. Die Erstürmung der Bastille. 5. Die Verhaftung des Königs. — 6. Marat,
 Danton und Robespierre. — 7. Erstürmung der Tuilerien. — 8. Ministerrath
 bei Danton. — 9. Ludwig XVI. auf dem Gange zum Schaffot. — 10. Marie
 Antoinette nach ihrer Verurtheilung. — 11. Der 9. Thermidor im Konvent. —
 12. Die neue Gesellschaft im Triumph der Freiheit.
 Das **Konzert** sowie die musikalische Begleitung zu den einzelnen Bildern
 (Die Marcella — Litolff's Ouverture zu „Robespierre“ — Berlioz' Sym-
 phonie phantastique — Saint-Gents „Lobentanz“ etc.) werden von der Frotten
 Vereinigung der Zivil-Musikanten ausgeführt. 402/2
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. **Der Vorstand.**

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt,
 Berlin SW., Beuthstraße 2.

Uebersicht der bisher erschienenen Hefte der
Berliner Arbeiter-Bibliothek
 Herausgegeben von **Max Schippel.**

	I. Serie:	M.
1.	Heft: Ein sozialistischer Roman. (Ein Rückblick 2000 bis 1887.) Nach dem Amerikanischen des Edward Bellamy. 32 Seiten.	0,15
2.	Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung. Rede von Max Schippel. 32 Seiten.	0,15
3.	Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart. Von Clara Zetkin. 40 Seiten.	0,20
4.	Der Sozialismus in Frankreich seit der Pariser Kommune. Von Ossip Zetkin (Paris) †. 48 Seiten.	0,20
5.	Charakterköpfe aus der französischen Arbeiterbewegung. Von Ossip Zetkin (Paris) †. 48 Seiten.	0,20
6.	Die Hausindustrie in Deutschland. Von Paul Kampffmeyer. 32 Seiten.	0,15
7.	Junker und Bauer. Zur Entwicklung unserer Agrarverhältnisse. Von Paul Kampffmeyer. 32 S.	0,15
8.	Die wirtschaftlichen Umwälzungen und die Entwicklung der Sozialdemokratie. Von Max Schippel. 32 Seiten.	0,15
9.	Die Marx'sche Werththeorie. Zur Einführung in das Studium von Marx. Von Paul Fischer. 52 Seiten.	0,20
10.	Die Sozialdemokratie und der Deutsche Reichstag. Materialien zum Gebrauch für sozialdemokratische Wähler. 36 Seiten.	0,15
11.	Die soziale Frage auf dem Lande. (I. Die Lage der ländlichen Lohnarbeiter in Preußen. Von Paul Kampffmeyer. II. Der Ruin des ländlichen Kleinbetriebes durch die landwirtschaftliche Großproduktion. Von * *) 40 Seiten.	0,20
12.	Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung und ihre Regelung. Von Paul Ernst. 36 Seiten	0,15
II. Serie:		
1.	Der Mythos von der Begründung des Deutschen Reiches. Eine historische Skizze. Von Hans Müller. 40 Seiten.	0,15
2.	Zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung in Deutschland. Von Gerhard Krause. 32 Seiten.	0,15
3.	Soziale Frage und Bodenverstaatlichung. Von Conrad Schmidt. 32 Seiten.	0,15
4.	Die deutschen Arbeiter und das Gewerbegerichts-Gesetz. Von Max Schippel. 36 Seiten.	0,15
5/6.	Zur Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus in Deutschland. Mit besonderer Berücksichtigung Mittel- und Norddeutschlands. Von Paul Kampffmeyer. 84 Seiten.	0,25
7.	Preussische Volksschul-Zustände. Ein Wort an das Volk und seine Lehrer. Von Hans Müller. 48 Seiten.	0,20
8.	Fort mit dem Dreiklassen-Wahlssystem in Preussen. Von Max Schippel. Zweite Auflage. 35 Seiten.	0,20
9.	Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel für die Schulen des Volkes. Von Hans Müller. 32 S.	0,15
10.	Das Ostende von London. Ein soziales Nachtbild. Von Paul Fischer. Erste Abtheilung. 30 Seiten.	0,15
11.	—, Zweite Abtheilung. 27 Seiten.	0,15
12.	Die Entwicklung der Geschichtsauffassung bis auf Karl Marx. Von Gerhard Krause. 46 S.	0,20
13.	Die Arbeiterbewegung im Lichte der materialistischen Geschichtsauffassung. Von Gerhard Krause. 38 Seiten.	0,20
14.	Die deutschen Buchdrucker in ihren Kämpfen gegen das Kapital. Von Walter May. 40 S.	0,20
III. Serie:		
1.	Ist der Sozialismus mit der menschlichen Natur vereinbar? Von Paul Kampffmeyer. 28 Seiten.	0,10
2.	Technisch-wirtschaftliche Revolutionen der Gegenwart. Von Max Schippel. 31 Seiten.	0,15
3.	Die deutsche Zuckerindustrie und ihre Subventionen. Ein Beitrag zur Landtagitation. Von Max Schippel. 30 Seiten.	0,15
4.	Die Prostitution, ihre Ursachen, ihre Folgen und ihre Bekämpfung. Von Dr. J. Euz-Magdeburg. 38 Seiten.	0,20
5.	Die Kartelle. Von Adolf Braun. 48 Seiten.	0,25
Komplett:		
I. Serie (12 Hefte) M. 1,—, gebunden M. 1,75.		
II. Serie (14 Hefte) M. 1,65, gebunden M. 2,40.		
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.		
Alle Buchhandlungen, Kolporteure und Zeitungsbedeute nehmen Bestellungen entgegen. Bei Bestellungen von außerhalb ersuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto extra). 400/6		

Parlamentsberichte

Deutscher Reichstag.

22. Sitzung vom 16. Januar 1893. 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Malahn, v. Riedel.
Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Gesetzes, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Besteuerung des Branntweins vom 24. Juni 1887.

Staatssekretär v. Malahn: Bei der ersten Lesung der Branntwein-Vorlage habe ich gesagt, daß es nicht Absicht der Regierung sei, jetzt eine Steuerreform im großen Stile herbeizuführen. Diese Steuerreform ist mißverstanden worden dahin, daß zwar nicht jetzt, aber später eine Steuerreform im großen Stile geplant sei. In Verbindung damit ist gebracht worden eine Neuorganisation des preussischen Finanzministeriums, welcher die Schwankungen der Einnahmen Preußens aus dem Reiche beseitigen und die finanziellen Beziehungen des Reichs zu den Einzelstaaten beseitigen will. Ich wollte mit meiner Aeußerung nur motivieren, weshalb wir in allen diesen Gesetzen von einer Aenderung des bestehenden Systems der Steuern nicht abgewichen sind. Der Uebelstand, daß in bezug auf das Verhältnis des Reichs zu den Einzelstaaten große Schwankungen bestehen, ist bei Erledigung dieser Vorlage vom preussischen Finanzminister zur Sprache gebracht und in Erwägung gezogen worden. Man hat aber von Versuchen, eine Aenderung herbeizuführen, Abstand genommen, weil man die Vorlage nicht unnötig belasten wollte und weil der preussische Finanzminister es nicht für angezeigt hielt, dieser Frage näher zu treten. Ob und wann dieser Frage wieder näher getreten werden soll, darüber ist kein Beschluß gefaßt.

Um den bergegneten Uebelstand zu beseitigen, bedurfte es keineswegs der Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reichs, denn die Schwankungen haben wesentlich ihren Grund, daß Ueberweisungen über den Etat hinaus in beträchtlicher Höhe vorgenommen sind; es würde dadurch Abhilfe geschaffen werden, daß sie nicht mehr erfolgen, das Reich vielmehr den Ueberschuß zur Schuldentilgung verwendet. Wenn der finanzielle Bedarf nicht vorhanden wäre, würde die Regierung nicht an die Aenderung des Branntweinsteuer-Gesetzes herangehtreten sein. Die neue Branntweinsteuer hat eine sehr viel geringere Einnahme gebracht, als man nach der bisherigen Schätzung des Konsums annehmen konnte; man hatte wohl die Menge des zu gewerblichen Zwecken verbrauchten Spiritus überschätzt, der jetzt steuerfrei ist. Die Erhöhung ist von 50 auf 55 Pf. in Aussicht genommen. Erhöht man den höheren Steuersatz auf 75 Pf., so wird der Konsum, erhöht man ihn nicht, der Produzent davon betroffen. Diese letztere Eventualität war zuerst von Preußen in Aussicht genommen worden, aber von anderen Bundesstaaten, namentlich den süddeutschen, wurde dem widersprochen, da ihr Eintritt in die Branntweinsteuer-Gemeinschaft davon abhängig sei, daß die Differenz der beiden Steuerjähre für absehbare Zeit bestehen bleibe. Preußen hat schließlich auch dafür gestimmt, daß die Differenz von 20 Pf. erhalten bleibt. (Zurück rechts: Für jetzt!) Allerdings nur für jetzt, wir machen doch keine Gesetze für die Ewigkeit. Ich bitte aber, in meinen Erklärungen keine Hintergedanken zu suchen.

Abg. Siegle (nack.): Wir sind nicht für eine anderweite Regelung der Branntweinsteuer eingetreten, namentlich auch des Kontingents. Wir wünschen nur, daß die Beschränkung des Kontingents einer Brennerei auf 80 000 Liter höchstens für Alle, auch für die bestehenden, nicht bloß für die neuen Brennereien eingeführt werde. Ein Bedenken haben wir gegen die Vorlage, welches nicht in ihr selbst, sondern in der Militärvorlage liegt, zu deren Deduktion sie bestimmt ist. Es ist wiederholt gesagt worden, daß das deutsche Volk bis an die Grenze seiner materiellen Leistungsfähigkeit belastet ist. In Württemberg bezahlt man pro Kopf 33 M. an Reichs-, Staats- und Gemeindesteuern. Gegenüber den übrigen europäischen Staaten ist das noch keine unerträgliche Last; denn in Frankreich beträgt sie mehr als 70 M. pro Kopf. Das Unerträgliche liegt in der Form unserer Steuern: Salz, Petroleum, Getreide, Zucker u. s. w. sind in erster Linie herangezogen worden, und diese Steuern wirken geradezu als eine Kopfsteuer. Die Branntweinsteuer würde dahin führen, daß die Konsumenten alles tragen, während die großen Brennereien garnichts an die Staatskassa abgeben. Deshalb kann ich nicht für diese Vorlage stimmen.

Abg. Witte (str.): Man hätte erwarten sollen, daß die Regierung, wenn sie grundsätzlich die Branntweinsteuer ändert, wenigstens eine Uebersicht über die Wirkung des Gesetzes giebt, denn die Landwirtschaft, die Brennereibesitzer befinden sich in vollständiger Unkenntnis derselben. Die Branntweinsteuer von 1887 hat durchaus nicht günstig auf die Lage des Brennereigewerbes gewirkt. (Hört! rechts.) Die Differenz des Steuerjahres hat nicht den Erfolg gehabt, den Sie (nach rechts deutend) erwarteten. (Hört! rechts.) Die Branntweindrenner sagen jetzt: Laßt uns in Ruhe, besteuert den Alkohol in Wein und Bier und nehmt allenthalben eine Verbrauchssteuer, dann werden die Kosten der Militärvorlage gedeckt werden. Im Jahre 1891 haben die Brennereien noch einigermaßen ein Geschäft gemacht, im übrigen aber können sie gerade innerhalb des Kontingents nur noch Spiritus brennen mit Zulihilfenahme der Steuerdifferenz von 20 M. Die Gewährung einer Liebesgabe von 20 M. war vom Gesetz beabsichtigt, daß die Brenner sich trotzdem schlecht fühlten, ändert daran nichts, daß diese 20 M. für jeden Hektoliter vom Volke aufgebracht werden. Das Gesetz nöthigt die Brenner, wenn sie ihr Kontingent ausreicht erhalten wollen, dieses Kontingent in jedem Jahr zu brennen und darüber hinaus; so zwingt es zur Ueberproduktion und dadurch sind die Preise gesunken. Das wird nicht eher besser werden, als bis dieses Gesetz von 1887 aufgehoben und an die Stelle desselben eine reine Konsumsteuer eingeführt sein wird. Die Brenner sind in ihrer Bewegungsfreiheit vollständig gehemmt; jeder Schritt ist verhindert und die Brenner befinden sich der Behörde gegenüber in einem vollständig rechtlosen Zustand (Zustimmung rechts). Redner geht darauf auf die Verteilung der Produktion auf die einzelnen Provinzen ein. Wenn an die Stelle dieses Gesetzes ein vernünftiges neues Gesetz tritt und die Handelspolitik, welche mit den Handelsverträgen eingeleitet ist, fortgesetzt wird, dann werden auch die Schmerzen der Brenner aufhören. (Beifall links, Widerspruch rechts.)

Bayerischer Finanzminister v. Riedel: Die Aufmerksamkeit, welche die Regierungen der Brenner zuwenden, liegt nicht in dem Gewerbe selbst, sondern darin, daß die landwirtschaftlichen Brennereien als Nebengewerbe erst die Fruchtsäuerung minderwertiger Böden in gewissen Gegenden ermöglichen (Zustimmung rechts), daß dadurch mehr Berthe geschaffen werden als ohne das Bestehen der Brennereien. Die Erhöhung der Steuer um 5 M. für das Hektoliter ist nicht erheblich für den Konsum; denn der Trinkbranntwein hat höchstens 33 pCt. Alkohol, er trägt also für das Hektoliter nur 1 1/4 M. Steuer. Die Belastung ist dann immer noch nicht so hoch, wie in vielen anderen Staaten. Bei jeder Branntweinsteuer muß auch der volkswirtschaftliche Standpunkt in Betracht gezogen werden. Die Geschichte des Branntweinsteuer-Gesetzes zeigt, daß dieser Standpunkt bei uns maßgebend gewesen ist. Vor 1887 bestanden verschiedene Branntweinsteuer-Gesetze in Deutschland. Die Einheitlichkeit der Gesetzgebung machte

den Eintritt der süddeutschen Staaten in die Branntweinsteuer-Gemeinschaft erwünscht, aber es mußte wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse auf Süddeutschland etwas Rücksicht genommen werden. Die süddeutschen Brenner mußten vor der Ueberproduktion der norddeutschen Brenner geschützt werden. Daher rührt die Differenz des Steuerjahres, die auch in der Vorlage grundsätzlich aufrecht erhalten wird. Es wird nur der andere Grundgedanke, das Kontingent, geändert; dasselbe wird von 4 1/4 auf 4 Liter herabgesetzt. Von den 40 Millionen Mark, die als Liebesgabe gewährt worden sein sollen, von denen wir so viel gehört und gelesen haben, werden die Brenner am wenigsten gespürt haben. Diese Liebesgabe würde bei 100 Hektoliter für schon 2000 M. ausmachen; aber kein Brenner hat etwas davon gemerkt. Die Mär von der Liebesgabe ist wohl daraus entstanden, daß der Spiritus sämtlich mit 70 M. abgefertigt wird und die Brenner für ihren Kontingents-Spiritus Berechtigungscheine erhalten, die mit 20 M. honorirt werden. Darin würde ein Geschenk liegen, wenn der 70er Spiritus wirklich einen solchen Preis hätte, daß er die Produktionskosten deckte; das ist aber durchaus nicht der Fall. (Zustimmung rechts.) Der Preis von 50 M., den man früher als normalen ansah, besteht längst nicht mehr. Gerade die großen Brennereien leiden am meisten darunter, denn sie haben die Möglichkeit einer Ausdehnung des Betriebes infolge ihrer Einrichtungen und können diese Einrichtungen nicht ausnützen, weil sie keine gewinnbringende Verwendung für den über das Kontingent hinaus gebrachten Spiritus haben. Die Verhältnisse der Spiritusbrennerei in Süddeutschland waren in den 70er Jahren ganz normale geworden. Es hätte niemand ein Interesse daran gehabt, in die Branntweinsteuergemeinschaft einzutreten, wenn nicht patriotische Gründe dafür gesprochen hätten, aber wir müssen daran festhalten, daß das Bestehen der kleineren Brennereien Süddeutschlands ermöglicht wird. Wenn die kleineren Brennereien nur überhaupt infolge der Steuerdifferenz sich bei den heutigen Preisen erhalten können, so können Sie sich wohl denken, wie groß die Beunruhigung ist, wenn die Differenz ermäßigt würde. Das Gesetz hat allerdings nicht die Ueberproduktion ganz verhindern können, aber nur weil der Export von Branntwein sehr erheblich zurückgegangen ist. An der Brennerei selbst hat die Regierung kein Interesse, sondern nur daran, daß die Landwirtschaft gefördert werde. (Zustimmung rechts.) Herr Witte hat ja selbst anerkannt, daß von einem Millionen-Geschenk garnicht mehr die Rede sein kann. Durch die Beseitigung der Steuerdifferenz würde aber eine große Anzahl von Existenzen gefährdet werden, sodas ich Sie nur bitten kann, die Vorlage möglichst unverändert anzunehmen.

Staatssekretär v. Malahn: Ueber die Wirkung des Branntwein-Steuergesetzes ist im vorigen Jahre so viel geredet worden, daß die veränderten Regierungen es nicht für nötig hielten, darüber eine besondere Denkschrift vorzulegen. Die Vorlage ist als eine Kalkulationsarbeit bezeichnet worden, worin die Anerkennung liegen kann, daß sie richtig berechnet ist. Wenn aber ein Redner sogar neulich von steuerpolitischer Weisheit gesprochen hat und Herr Witte erklärt hat, man habe diese Steuervorlage genommen, weil sie die bequemste wäre, so kann ich darauf nur erklären, diese Steuerobjekte sind ausgewählt worden, weil sie verfassungsmäßig und bestmännig diejenigen sind, deren steuermäßige Ausnutzung dem Reiche zuzieht, sodas das Reich aus diesen zuerst seine Mehrbedürfnisse für die Heeresausgaben befriedigen muß.

Württembergischer Minister, Staatsrath von Moser: Auch im Interesse der württembergischen Brennereien ist die Aufrechterhaltung der Steuerdifferenz durchaus notwendig. Von 6791 durchweg kleinen württembergischen Brennereien unterliegen nur 12 der steuerlichen Kontrolle nach dem Gesetze, während nur 54 über 20 Hektoliter brennen. Die Aufhebung der Steuerdifferenz würde diese kleinen Brennereien vollständig zu Grunde richten, die ohnehin ihren norddeutschen Konkurrenten gegenüber schon dadurch im Nachtheil seien, daß die Arbeitslöhne in Württemberg erheblich viel höher und die Brennmaterialien theurer seien, als in den östlichen Provinzen Preußens.

Abg. Goltz (sp.): Durch die Militärvorlage wird die Landwirtschaft in doppelter Beziehung geschädigt. Die Biersteuer wird schwer drücken auf die Brauereien, weil diese sie nicht auf den Konsum abwölgen können; es werden deshalb die landwirtschaftlichen Produkte, welche die Brauereien verwenden, im Preise gedrückt werden, und die schon im Sinken begriffene Landwirtschaft, die ihre Produkte kaum noch zu den Gesehungskosten verkaufen kann, wird ferner durch die Brennereisteuer wiederum benachtheiligt. Branntwein trägt die höchste Steuer, und deshalb wäre eine kräftige Fortentwicklung der Branntweinindustrie für Deutschland von großer finanzieller Bedeutung, aber auch von volkswirtschaftlicher Bedeutung, wie ein Vortrag beweist, den Professor Wäcker im Februar 1892 im Verein der Spiritusfabrikanten gehalten hat; denn der Kartoffelbau ist im Verhältnis viel ergiebiger als der Ackerbau. Die deutschen Brennereien leiden unter dem Rückgange des Exports. Früher brachte Frankreich deutschen Spirit für die Behandlung seiner kleinen Weine, ebenso Spanien, wohn aber jetzt nicht mehr ein Liter deutschen Spirit abgesetzt werden kann. Auch in Italien ist der Verbrauch deutschen Spirit zurückgegangen und die übrigen Staaten werden fast alle von Ausland und Oesterreich versorgt, welche erhebliche Exportprämien bezahlen. Auf die Dauer ist es nicht erträglich, daß der Export zurückgeht und gleichzeitig der Konsum durch immer neue Steuern verringert wird. Der Brenner ist nicht mehr der Herr seiner Waare; er kann nicht den Preis feststellen, sondern derselbe wird an der Berliner Börse nach dem Weltmarkt festgesetzt. Die Bedeutung des Branntweins für die Bevölkerung ist von allen Seiten anerkannt worden, die Unschädlichkeit des Konsums ist ebenfalls anerkannt und die ethische Seite ist durch die Steuergesetze von 1887 vollständig berücksichtigt worden. Der Konsum hat in erheblichem Maße abgenommen. Die Differenz von 20 Mark muß aufrecht erhalten werden, eine Verminderung auf 15 Mark würde einer persönlichen Besteuerung der Brenner gleichkommen, die sie nicht tragen könnten. Das Kontingent ist kein Geschenk, sondern eine Strafandrohung von 20 M. für das Hektoliter für denjenigen, welcher beim Brennen über das Kontingent hinaus geht. (Sehr richtig! rechts.) Dieses Steuersystem bildet also einen Regulator für die Produktion. Der Ofen hat allerdings erheblich weniger Geld aus der Brennerei gezogen als vor dem jetzigen Branntweinsteuer-Gesetz, aber das Gewerbe ist wenigstens erhalten worden. Im Interesse der Landwirtschaft wird es notwendig sein, die Grundlagen des Gesetzes aufrecht zu erhalten, namentlich das Kontingent. Die Einzelheiten der Vorlage können wohl der Kommission überlassen werden. Die Verlängerung der Kontingentsperioden von 3 auf 5 Jahre entsprechend den Volkszählungsperioden ist durchaus zu billigen, weil ja die Volkszahl die Grundlage des Kontingents bilden soll. Redner beantragt schließlich die Vorlage der Militärkommission zu überweisen. (Zustimmung rechts.)

Abg. v. Gagera (3.): Wenn die Regierung eine Erhöhung der Branntweinsteuer vorgeschlägt, so müssen wir die Vorlage genau prüfen; aber den Weg, den Herr Witte einschlagen will, ist nicht gangbar, denn das Brennereigewerbe muß als ein landwirtschaftliches Nebengewerbe angesehen werden; eine Verschiebung der Steuerverhältnisse würde hier Hunderte von Existenzen vernichten. Wir Süddeutsche sind durchaus nicht mit Vergnügen in die

Branntweinsteuer-Gemeinschaft eingetreten. Ich bedaure, daß der preussische Finanzminister Miquel nicht anwesend ist. Er hat damals uns getröstet und uns versichert, daß an den Steuerhältnissen nichts geändert wird. Herr Miquel würde Herrn Witte klarmachen, daß der Weg, den er vorgeschlagen hat, die Brennerei ruinieren würde. Ich beantrage ebenfalls die Verweisung der Vorlage an die Militärkommission.

Abg. Warm (Soz.): Die Branntweinsteuer-Gesetzgebung wird immer vom agrarischen Standpunkt betrachtet, aber agrarische Gesichtspunkte und Volksernährung stehen heute im Deutschen Reich in kräftigem Widerspruch, und zwar gerade dadurch, daß die Branntweinsteuer den Kartoffelbau künstlich züchtet zum Unglück für das Deutsche Reich. Friedrich der Große hat seinerzeit Schlessen gewaltsam dazu gezwungen, Kartoffeln zu bauen, nach und nach mußten auch die anderen Provinzen nachfolgen; doch hat die Einführung der Kartoffel unsere Volksernährung wesentlich verschlechtert. Die Kartoffel hat einen geringeren Nährwert, als die sonstigen Nahrungsmittel, sie ist zu voluminös und sättigt zu schnell, was allerdings für viele Leute ein Vorzug ist. Das Kilogramm Stärke in der Kartoffel kostet 33 Pf., im Brot 40 Pf., ist also nicht viel theurer, aber das Brot ist deswegen theurer, weil der arme Mann davon mehr essen muß, als von Kartoffeln, um gesättigt zu werden. Wenn das Volk aber stark erhalten werden soll, so ist die Kartoffelernährung nicht ausreichend. Der Kartoffelbau soll die Ausdehnung der Landwirtschaft ermöglichen. Das ist richtig. Aber davon hat das Volk keinen Vortheil gehabt; denn die Löhne sind in Gegenden, wo der Kartoffelbau vorherrschend, die niedrigsten. Der Export von Spiritus ist in rasender Schnelligkeit zurückgegangen, die Agrarier verlangen einen Schutz und Abspernung der Produkte. Das Ausland wies darauf den kontingentierten Spiritus zurück und die Folge war, daß der Export von 100 auf 6 Millionen zurückging. Das Sinken des Exports ist für die, die sich auf großem Fuße eingerichtet hatten, von ganz gewaltigem Schaden gewesen. Die Großbetriebe haben gar keinen freien Willen mehr, sie müssen brennen. Die Folge war, daß der Markt überschwemmt wurde und die Preise für den Spiritus sanken. Da sollte die Regierung helfen, indem sie die Interessen der Brenner wahrte, dadurch, daß sie ihre Produktion einschränkte; das war die Aufgabe der Kontingentierung, nicht als Strafe für die Brenner wurde diese eingeführt, sondern zu ihrem Nutzen, damit sie verstanden, ihre eigenen Interessen zu wahren und nicht produzierten über das Maß dessen, was der Markt bedarf. Das hat die Herren aber noch heute nicht verstanden, zeigt eine Zuschrift im „Hannoverschen Kurier“, in der es heißt: Zahlreiche Brennereien haben nach Einführung des neuen Branntweinsteuer-Gesetzes ihr Bestreben darauf gerichtet, durch Preisangeboten, bei welchen der Betrieb nicht rentabel ist und auf die Dauer nicht haltbar sein wird, den Kreis ihrer Abnehmer auf Kosten ihrer Konkurrenten zu erweitern. Dieses Kunststück haben die Brenner, bevor die Kontingentierung bestand, gemacht, und machen es noch heute. Das ist das Wesen unserer heutigen kapitalistischen Produktionsweise: Hier stehe ich, mach' das Du wegstommst, wenn Du nicht gehst, drücke ich Dich, daß Du quitzest! Es wird immer von der Nothwendigkeit der Brennereien für die Landwirtschaft gesprochen. Es ist aber bekannt, daß 92 pCt. der Produktion von 16 pCt. der Brennereien hergestellt wird, die übrigen 84 pCt. der Brennereien stellen nur 8 pCt. des gesammten Branntweins dar. Diese kleineren Brennereien führen nur eine Scheinrenten, ihnen kann durch die Steuerdifferenz gar nicht geholfen werden, denn sie hätten ja nur 40 M. Steuerdifferenz durchschnitlich. Wenn ein landwirtschaftlicher Betrieb von diesen 40 M. abhängt, dann ist er doch schon längst nicht mehr haltbar. Die Brenner, welche am meisten aus der Kontingentierung bestehen, sind folgende: ein Badenfer 181 000 M., ein Württemberger 160 000 M., ein Schlesier 133 000 M., ein Hannoveraner 144 000 M., ein Sachse 137 000 M., ein Bayer 134 000 M., ein Hannoveraner 126 000 M., ein Badenfer 126 000 M. Diese 8 Gewerbetriebe beziehen allein 1/4 Mill. Mark von der Prämie, die übrigen 982 gewerblichen Brennereien beziehen nicht mehr wie jene 8 zusammen. Bei den landwirtschaftlichen Betrieben ist es ähnlich. Da kommen 35 Millionen zur Vertheilung. Es bekommen 3. B. 7 landwirtschaftliche Betriebe in Bayern, die größten die wir haben, 430 000 M.; genau so in Württemberg. Diese sind natürlich mit der Liebesgabe zufrieden, die große Masse der kleinen Brennereien haben gar keinen Vortheil davon, weil der Betrag, der wirklich auf sie fällt, ein außerordentlich geringer ist. Die Landwirthe könnten die 40 Millionen Liebesgabe sehr gut brauchen, um nicht in Konkurs zu kommen. Aber wie werden denn die Arbeiter in jenen kartoffelbauenden Gegenden gelohnt und genährt? Die Löhne sind menschenwürdig. Freilich nach einem in München-Bladbach erschienenen Kochbuch, dem der Abg. Hise sehr nahe stehen soll, kann man für vier erwachsene Personen mit 10 Pf. pro Kopf aus 5 Pfund Sauerkraut und dem entsprechenden Quantum von Speck und Kartoffeln ein Mittagmahl herstellen. Allerdings bei den Löhnen, welche in einigen Gegenden gezahlt werden, ist eine andere Ernährung nicht möglich. Wir sind in jeder Beziehung bestrebt, die Landwirtschaft zu unterstützen, wo sie im Interesse der arbeitenden Klassen unterstützt werden muß. Durch die bisherigen Gesetze ist aber nur die Rente der Landwirtschaft erhöht, und der Arbeiter ist gerade in den Gegenden, wo die Liebesgabe hauptsächlich eingeheimt wird, am allerbedürftlichsten bezahlt. Die Ernährung der Arbeiter ist dort schlechter als die der Schweine und des Hindviehs. Sie hängen sich stets ein patriotisches Mantelchen um, aber von einer Entfaltung des wirklichen Patriotismus ist bei den Brennern nichts zu verspüren. Es fällt ihnen nicht ein, bei Mißernten den Betrieb einzuschränken, damit das Volk etwas zu essen hat. Der Patriotismus geht bei allen unseren verehrten Gegnern nur bis an den Geldbeutel. (Sehr richtig! links.) Wo der Arbeiter einigermaßen gut genährt ist, verzichtet er auf den Schnaps. Er weiß ebenso gut wie die Angehörigen anderer Klassen den Wohlgeschmack eines guten Glases Bier zu schätzen. Aber wo Hungerlöhne gezahlt werden, da haben wir auch die Schnapsverteilung und in Verbindung damit die Volkserdnung in der trassesten Form. Dort haben wir allerdings auch die willigen und gefügigen Arbeiter, die so ganz nach dem Herzen des Herrn v. Stumm und seiner Freunde sind. Wenn wir so böshast wären, wie man uns immer nachsagt, würden wir nicht einen Finger rühren, um die Beseitigung der Branntweinsteuer herbeizuführen. Es giebt kein besseres Agitationsmittel für uns, als die Branntweinsteuer. Herr von Stumm und die Branntweinsteuervertheiler sind unsere besten Agitatoren. (Heiterkeit.) Der Konsum an Trinkbranntwein geht durch eine Erhöhung der Steuer nicht zurück, sonst müßte Rußland mit seiner nächsten Spiritussteuer das genügsamste Land der Welt sein. Mit den amtlichen Zahlen, die bisher angeführt wurden, um den Rückgang des Konsums an Trinkbranntwein zu beweisen, beweisen Sie nichts. Denn im Jahre 1887 waren so bedeutende Läger von Spiritus vorhanden, daß noch bis ins vorige Jahr hinein der Branntwein verfestet wurde. Der Konsum an Trinkbranntwein ist in Deutschland seit 1887 nicht zurückgegangen. Die 160 Millionen, welche auf Grund desselben bisher vom Volke gezahlt wurden, haben

in der Hauptsache die Branntweintrinker und die armen Arbeiter bejahen. Allerdings kann sich der Arbeiter vor den indirekten Steuern schützen, indem er entsprechend weniger konsumiert, aber ein Arbeiter, der in Frost und Kälte arbeitet, kann den Schnaps nicht entbehren. Sorgen Sie (nach rechts) denn dafür, daß ein solcher Arbeiter ein irgendwie geschicktes Obdach vorfindet und etwas Wärmerendes bekommt? Nein! (Widerspruch rechts.) In Thüringen und Sachsen können Sie das beobachten. So weit sind die Stützen unserer Gesellschaft heruntergekommen, daß sie sich auf das Bestreben des trinkenden Mannes stützen müssen. Sie stützen sich auf den Saff, auf den Großkonsum an Alkohol. Alle Besitzenden werden durch Zölle geschädigt und wer noch nichts hat, streift die Hand vor und sagt: Schenk mir was! Der kleine Landwirt wird dadurch gegen die Ausschachtung durch den großen Agrarier, der kleine Brenner durch den großen nicht geschützt. Die Vorlage beabsichtigt in keiner Weise eine höhere Besteuerung der großen Brennereien, obwohl 89 pCt. der gesamten Produktion in den Händen derselben sind. Sorgen Sie für eine Hebung des allgemeinen Wohlstandes, dann wird Allen geholfen sein. Durch die bisherige Gesetzgebung wird aber der Konsum immer mehr zurückgedrängt. Wir beantragen, daß die gesamte Branntweinbesteuerung aufgehoben wird und das Reich sich andere Einnahmequellen verschafft. Vor allen Dingen schädigt das Gesetz die Arbeiter, welche mit denaturiertem Spiritus arbeiten. Dieser macht die Arbeiter krank, wie man schon längst erkannt hat. Aber die Chemie kennt noch kein ungefährliches Mittel der Denaturierung und für das vernünftigste Mittel zur Abhilfe, die Aufhebung der bisherigen Besteuerung, sind Sie nicht zu haben.

Bayrischer Finanzminister v. Riedel protestiert dagegen, daß in Süddeutschland auch sehr große Brennereien seien; die großen Brennereien befänden sich nicht in einer Hand, sondern seien Genossenschaftsbrennereien, die an Stelle vieler kleiner Brennereien getreten seien. Darauf wird um 5 1/2 Uhr die Weiterberatung bis Dienstag 1 Uhr vertagt; vorher Interpellation des Abgeordneten Brömel, betreffend die Verhältnisse des amtlichen Waarenverzeichnisses.

Parlamentarisches.

Dritte Sitzung der Militärkommission. Die Generaldiskussion wird fortgesetzt und es erhält in erster Linie das Wort der Pole Komierowski. Derselbe betont, daß die Polen in Bezug auf die politische Seite der Frage sich große Reserven auflegen müssen, da jedes ihrer Worte aus nobellegenden Gründen der Mißdeutung ausgelegt sei. Die finanzielle Seite erzeuge bei ihnen schwere Bedenken. Da sie aber „ein Interesse daran hätten, die deutsche Wehrkraft auf voller Höhe zu wissen“, so würden sie einer Einigung mit der Regierung nicht entgegengetreten.

Für das Zentrum spricht zunächst Freiherr v. Suol. Anknüpfend an die Äußerungen des Kanzlers, daß wir uns in einem unhaltbaren Zustand befänden, lehnt derselbe die Verantwortung dafür ab; diese falle vielmehr den leitenden Staatsmännern zur Last. Er werde mit seinem „Ja“ in Militärfragen künftig sehr vorsichtig sein, um nicht noch beschuldigt zu werden, durch die Zustimmung zu den Regierungsvorlagen „unhaltbare Zustände“ mit herbeigeführt zu haben. Die gegenwärtige Vorlage sei durchaus unpopulär. Wir sind, wie Herr v. Gappert schon im Plenum gesagt, nur dann in der Lage etwas Gutes zu schaffen, wenn das Geschick nicht nur wirklich gut ist, sondern wenn wir auch die Zustimmung der Nation dazu haben. Die ungenügende Abneigung gegen die Vorlage erkläre sich vor Allem aus der ungeschickten Art der Einbringung, durch welche die hauptsächlich interessierten Teile des Volks in höchst unangenehme Aufregung versetzt wurden. Nicht minder verfehlt sei die Art der Propaganda, die von Berufenern und unternommenen Seite für die Vorlage in Szene gesetzt wurde. Auch sei im Volks das Vertrauen auf die Autorität der Militärverwaltung stark erschüttert. Während vor zwei Jahren Herr von Werdt die zweijährige Dienstzeit noch ein „Verbrechen“ genannt hat, erfahren wir jetzt, daß die gesammten Autoritäten des Jahres hundertlängst die Durchführbarkeit anerkannt haben und man nur über die Zweckmäßigkeit und über die „Kompensationsobjekte“ nicht einig war. Er für seine Person könne nicht sagen, daß die bisherigen Verhandlungen ihm eine andere Anschauung über die Vorlage beigebracht hätten, als er sie vorher gehabt habe. Ueber die Drohung, daß man bei Ablehnung der Vorlage zur vollen dreijährigen Dienstzeit zurückkehren wolle, möchte er gerne Auskunft haben. Ebenso aber die Äußerung des Kanzlers, die eventuelle Preisgabe Süddeutschlands betreffend. In militärtechnischer Hinsicht will er sich gerne belehren lassen, in volkwirtschaftlicher Beziehung hat er schwere Bedenken gegen den vorgeschlagenen Weg.

Der Reichskanzler giebt diverse technische Aufschlüsse. Die Möglichkeit des Entretens unhaltbarer Zustände resultire einerseits aus der fortwährend geübten „großen Schonung der Volkskraft“, andererseits daraus, daß man erst allmählich sich mit der Eventualität eines Krieges nach zwei Fronten vertraut machen konnte. — Die zweijährige Dienstzeit habe man in Preußen von den vier bis zu den drei Jahren gehabt, sie aber als ungenügend angesehen, weil man zu kleine Etats gehabt habe. In Verbindung mit diesen habe die kurze Dienstzeit Zustände herbeigeführt, welche als ungenügend angesehen werden mußten. Er giebt sodann eine breite Darlegung über die Geschichte der Verdyschen Pläne und der gegenwärtigen Vorlage. Auf die Frage, warum man nicht die doppelte Vermehrung vorschlage, die durch die Motive zur gegenwärtigen Vorlage auch gerechtfertigt sei, antwortet er: weil man nicht mehr Menschen zur Verfügung habe und weil in finanzieller Beziehung das Deutsche Reich das Verlangte auch wirklich tragen könne. Von einer momentanen Preisgabe süddeutscher Gebiete könne nur im Falle eines Defensivkrieges oder einer Niederlage der deutschen Armee in Elsaß-Lothringen die Rede sein. Um aber eine Kriegführung im eigenen Lande, die von den schrecklichsten Folgen begleitet sei, zu verhindern, sei es eben nötig, daß Deutschland alles herbeibringe, was es herbeibringen könne, um die Wehrkraft zu stärken. Von der zweijährigen Dienstzeit werden zurückzugehen, beabsichtige die Regierung nicht. Aufgegeben könnten die projektirten Maßnahmen nicht werden.

Herr v. Bennigsen wendet sich gegen v. Suol und erklärt, daß Parlament würde pflichtwidrig handeln, wenn es, trotzdem es von der Notwendigkeit überzeugt sei, sich durch die im Volke vorhandene Gegenströmung in seiner Entscheidung beeinflussen ließe. Die „große Konzeption“ der zweijährigen Dienstzeit und die „Schonung der Landwehrleute“ im Kriege werde ja leider vom Volke noch nicht genügend gewürdigt. Unsere Lage sei durch die nunmehr vollständig durchgeführte allgemeine Wehrpflicht in Frankreich gegen früher bedeutend verändert worden. Seine Erfahrungen auf politischem Gebiete bieten keine bemerkenswerten Gesichtspunkte, sondern tragen im Gegentheil vielfach den Charakter recht überflüssiger Kannegießerei. Vor allem sucht er die „und von Frankreich drohende Gefahr“ als recht groß hinzustellen. Gegen Welbel gewendet, behauptet er, es sei absolut gleichgültig, ob man den Franzosen Elsaß-Lothringen belassen oder genommen habe; dieselben würden bei ihrem Charakter und auch den einfachen Sieg nicht verlieren haben, sondern gerade so wie unter den jetzigen Verhältnissen nach Renan'schen Schriften. Das habe das frühere Geschick der Franzosen nach dem linken Rheinufer bewiesen, trotz dem man sie 1814/15 in geradezu beispielloser Weise geschont habe. Wir aber würden durch die Nichtvornahme der Annexion schlechtere Grenzen und Verteidigungslinien bekommen haben. — Der Regierung vortragt er vor, auf 20 000 Rekruten zu verzichten,

d. h. statt des geplanten Mehr von 60 000 zunächst nur 40 000 Mann einzustellen, um mittels dieses „Jugenddienstes“ einen ernsthaften Versuch zu machen. Ein solcher habe sicher Aussicht auf Annahme, da seines Wissens eine besondere Neigung zu einem Konflikt im Reichstag nicht vorhanden sei, und ja sogar Herr Richter sich schon sehr entgegenkommend gezeigt habe. Alle Parteien, die nicht radikal die gegenwärtigen Zustände umwälzen wollen, hätten das lebhafteste Interesse, die Nation vor einem jedenfalls sehr bösartig werdenden Wahlkampfe zu bewahren, von dem man nicht wissen könne, was er in seinem Gefolge bringen werde. Er hoffe, daß auch die Regierung die Hand zur Verständigung bieten werde.

General v. Soller macht einige geschäftliche Mitteilungen über die vom Abg. Richter verlangten weiteren Nachweisungen und erklärt außerdem, daß die Militärverwaltung an den von ihr gemachten, vom Abg. Richter bestrittenen Mitteilungen über die Stärke des russischen Heeres festhalten müsse.

Um 1 Uhr verlagte sich die Kommission auf Wittwood Abend 8 Uhr. Zur Generaldiskussion sind als Redner noch gemeldet: Lieber, Hinz, v. Hammerstein, Payer und Welbel.

Lokales.

In den städtischen Bade- und Schwimm-Anstalten giebt es Freibäder und Bäder gegen Zahlung von 5, 10 oder 15 Pf. Nach dem Berichte des Magistrats über den Verkehr in diesen Anstalten vom 16. Mai bis 4. September 1892 (die sonst bis zum 30. September geöffneten Anstalten wurden diesmal wegen der Cholera-Gefahr bereits am 3. September geschlossen) ist das Verhältnis zwischen den Freibädern und den bezahlten Bädern zeitweise ein sehr merkwürdiges. Der August des Jahres 1892 war ungewöhnlich heiß, namentlich bedeutend heißer als der Juli. Dementsprechend machte sich auch in den städtischen Bade- und Schwimm-Anstalten im August eine sehr große Steigerung des Verkehrs bemerkbar. Diese Steigerung des Gesamtverkehrs ist aber eigentümlicher Weise nur auf ein Anwachsen der Zahl derjenigen Badernden zurückzuführen, die das Bad bezahlten. Bei denen, die „frei“ badeten, war entweder nur eine geringe Zunahme des Verkehrs oder sogar eine Abnahme zu konstatieren, und zwar eine so stärkere Abnahme, je stärker die Zunahme der zahlenden Besucher war. Beispielsweise nahm in dem im Nordhafen belegenen Männerbad die Zahl der „frei“ Badernden im August um über 2800 gegen den Juli ab, dagegen die der zahlenden Besucher um beinahe 7100 zu. Nicht so unerheblich, aber immer noch sehr groß ist das Mißverhältnis zwischen diesen beiden Klassen von Besuchern in allen anderen Anstalten, in denen auch „frei“ gebadet werden kann. Zufall kann das nicht sein. Man muß vielmehr zwischen der Zunahme einerseits und der Abnahme andererseits einen ursächlichen Zusammenhang annehmen. Nun läßt sich nicht gut denken, daß bei den „frei“ Badenden das Badebedürfnis bei steigender Hitze geringer wird, daß also die zahlenden Besucher nur deshalb in stärkerer Anzahl Zutritt gefunden hätten, weil ihnen die nicht zahlenden Platz gemacht hätten. Augenscheinlich lag die Sache umgekehrt. Die nichtzahlenden Besucher mußten Platz machen, weil die zahlenden in größerer Menge Zutritt verlangten. Wenn man nicht irgend eine andere geheimnisvolle Ursache annehmen will, dürfte die auffällige und durchgängig nachzuweisende Erscheinung kaum anders zu erklären sein. Wenn dem aber tatsächlich so ist, dann erscheint es geradezu unbegreiflich, wie man den Kernstein, also den in Folge ihrer wirtschaftlichen Lage am ehesten und meisten zur Unzufriedenheit hineineigenen, förmlich dazu gezwungenen Bewohnern die Wohlthat eines Bades, dessen sie am meisten bedürfen, vorenthalten konnte, und obnein gerade in der heißesten Zeit und Angesichts der seit Mitte August außerordentlich nahe gerückten Cholera-Gefahr. Die Rücksicht auf die in Folge des stärkeren Andranges von zahlenden Besuchern winkende Mehrerinnahme, die dabei maßgebend gewesen sein mag, ist hier um so verwerflicher, als es sich nur um wenige tausend Mark gehandelt haben kann; denn die Einnahme aus sämtlichen städtischen Schwimm- und Bade-Anstalten hat im ganzen Sommer 1892 nur 48 264 M. betragen. Es ist schon zu tadeln, daß man in den städtischen Anstalten überhaupt Bäder bezahlet nimmt. Eine Steuer auf die Reinklichkeit legen, — das ist der Weg, auf dem man die Cholera nicht bekämpft.

Die Cholera in Hamburg lautet das Thema, über welches ein Herr Säwe aus Hamburg vom Dienstag bis Freitag Abends um 7 und 9 Uhr durch Vorträge illustrierte Vorträge in Pörscher's Saal, Wentzstraße 22 hält. Wir hatten in einer für die Vertreter der Presse veranstalteten Vorführung Gelegenheit, uns von dem Gedolenen zu überzeugen. Der Herr vermittelte alles Schautige, giebt aber in Wort und Bild einen interessanten Ueberblick über die Vorgänge in Hamburg während der Epidemie. Besonders die miserablen Wohnungsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung verdienen volle Beachtung und haben mit den von der hiesigen Arbeiter-Sanitätskommission veröffentlichten Mißständen viele Ähnlichkeit. Mitglieder von Arbeitervereinen haben bei Lösung eines Programms von 10 Pfg. freien Eintritt. Für Vereine dürften sich diese Vorträge sehr empfehlen. Der Herr gedentet sich einige Wochen in Berlin aufzuhalten.

In einem kleinen Volksfest gestaltete sich das zweite Stiftungsfest des sozialdemokratischen Wahlvereins für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis, welches am Sonntag Abend in der Berliner Ressourcen gefeiert wurde. Der Saal war überfüllt, was wohl daher kam, daß für ein billiges Entree ein genussreicher Abend geboten wurde. Der Saal war mit Wappem, Fahnen und Bildern geschmackvoll dekoriert und die Leistungen des Theatervereins „Rhetorik“, wie die best bewährten Arbeiter-Gesangsvereins „Niederfreiheit“ und der Musikkapelle fanden ein dankbares Publikum. Reichstags-Abgeordneter Schmidt-Frankfurt hielt die Festrede, die mit großer Begeisterung aufgenommen wurde. Den Schluß des Festes bildete ein Längchen, dem die Jugend noch mehrere Stunden huldigte.

Charlottenburg. In einer von etwa 600 Personen besuchten Arbeitslosen-Versammlung sprach hier am Sonnabend Vormittag Genosse Fr. Jubeil über die Ursachen der Arbeitslosigkeit. In eingehender und interessanter Weise behandelte derselbe das Thema. Er ging dabei näher auf die Notstandsbekämpfung in der Reichstage ein, schärfte Kritik über den Ausführenden der Herren v. Büttcher, v. Stamm und Beckler. Als einziges Mittel, wenigstens die immer mehr überhand nehmende Arbeitslosigkeit zu mildern, wenn schon sie nicht in der heutigen Gesellschaft ganz aufgehoben werden könne, bezeichnete er eine durchgreifende Verkürzung der Arbeitszeit und das strikte durchzuführende Verbot der Sonntagsarbeit. Zum Schluß forderte Redner die Versammelten auf, sich der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung voll und ganz zuzuwenden, sowie es ihre Lage gestalte. Nur durch kräftiges Mitarbeiten in der Bewegung werde jener gesellschaftliche Zustand herbeigeführt, der allen Menschen eine ihrer würdigen Existenz sichere. Der Sozialdemokrat (Anhaltender Beifall.) An der Diskussion nahmen hierauf die Genossen Bach, Robert Schweizer, W. Schulze und Otto Thierbach teil. Sie kritisierten die unhaltbaren Zustände in der kapitalistischen Gesellschaft und verurteilten die der Referent das Verhalten der Regierungsdirektoren und des Königlichen Ministeriums für Handel und Gewerbe zu tadeln. Dann wurde man ja sehen, was dabei herauskomme. Schulze stellte dagegen den

Antrag, eine Deputation an den Magistrat zu wählen, und diesen zur Vergebung von Arbeiten für die Stadt zu bewegen. Schweizer's Antrag lehnte die Versammlung ab; der von Schulze gestellte Antrag wurde angenommen. Gewählt wurden die arbeitslosen Genossen R. Wille, R. Schweizer, W. Schulze, Köttcher und R. Fricke. Folgende Resolution wurde dann einstimmig gefaßt:

„In Anbetracht der stetig zunehmenden Arbeitslosigkeit in allen Gewerben; in weiterer Erwägung, daß die wirtschaftlichen Krisen schon chronisch geworden sind und eine bessere Konjunktur nicht zu erwarten ist, sieht die Versammlung eine Abhilfe nur in der Verkürzung der Arbeitszeit. Sie fordert deshalb den hiesigen Magistrat und die Kommunalverwaltung auf, überall da, wo städtische Arbeiten ausgeführt werden, vom 1. März an den Achtstundentag einzuführen und den Lohn aufzubehalten. Ferner verlangt die Versammlung eine sofortige Inangriffnahme der Arbeiten der Straßenreinigung, damit dem Notstand vorläufig Halt geboten wird und durch die Arbeitslosigkeit der Charlottenburger Arbeiter nicht Unruhen heraufbeschworen werden.“

Mit einem stürmischen Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Die fünf gewählten Genossen gingen am Montag zum Charlottenburger Magistrat, um, dem Auftrage der Versammlung gemäß, das Anliegen derselben vorzubringen. Der Herr Oberbürgermeister, der die Deputation empfing, erwiderte derselben, daß er sich auf den Standpunkt des Achtstundentages, wie er in der Resolution gefordert werde, nicht stellen könne. Er sei Diener des Staates und als solcher überhaupt nicht geneigt, auf die Forderungen einzugehen, welche die Arbeitslosen bez. des Achtstundentages ausprechen. Weiter führte der Herr Oberbürgermeister aus, daß die Arbeiter nicht denken sollten, sie seien eine Korporation, die dem Staat Vorschriften machen könne. Er glaube, daß die anwesenden fünf Mann vernünftige Leute und keine Personen seien, die als Aufreißer und Heher in der sozialdemokratischen Sache wirkten. Im übrigen sei die Kommunalverwaltung in keiner Weise abgeneigt, den Charlottenburger Arbeitslosen und vor allem den alten Charlottenburgern, welche Familienväter seien, Arbeit zu verschaffen. Nachdem der Deputierte Genosse Köttcher zur sichtlich überraschung des Herrn Oberbürgermeisters bemerkt hatte, daß in Charlottenburg an 6000 Mann seien, die sich die Hände von den Händen der Arbeit mühten, meinte der Oberbürgermeister noch, es würde den Arbeitslosen doch gleich sein, welche Arbeit ihnen übertragen würde. Nachdem er noch seiner Verwunderung darüber Ausdruck gegeben hatte, daß schon im vorigen Winter eine gleiche Kommission zu ihm gekommen war, entließ er die Deputation.

Vor dem Kammergericht gelangte dieser Tage ein für die Berliner Verhältnisse und auch in historischer Beziehung interessanter Prozeß der sechs Berliner Fischereimeister Thiedede, Dehne, Liebrodt, Hagel, Diehle und Steller gegen den durch die Ministerial-Baukommission zu Berlin vertretenen preussischen Fiskus zur Entscheidung. Letzterer hat, wie bekannt, in dem Zustande des Mühlendammes sehr umfangreiche Änderungen vorgenommen. Diese Änderungen betreffen hauptsächlich die Anlage eines Stauwerkes und einer Schleuse und sollen ermöglichen, daß der durch Berlin gehende Schiffsverkehr zwischen den ehemaligen Mühlen hindurch seinen Weg nehmen kann. Die Kläger halten sich durch diese Anlage in der Ausübung ihrer auch in diesem Spreearm zustehenden Fischereirechtigkeit behindert und wandten sich wegen Feststellung einer Entschädigung an den Fiskus, wurden aber in allen Instanzen abschlägig beschieden, worauf sie den Rechtsweg beschritten und zur Begründung ihrer Ansprüche namentlich auf ein Privileg des Markgrafen Johann von Brandenburg vom Jahre 1480 hiniwiesen. Dasselbe sei 1571 vom Kurfürsten Johann Georg und 1713 vom König Friedrich Wilhelm I. bestätigt worden und verleihe sechs „Fischherren“ — auch „Sprecheren“ genannt — das Privilegium, auf der Spree vom Mühlendamm abwärts bis zu dem bei dem Borwerk Martinikensfelde befindlichen Grenzstein zu fischen. Dieses Recht sei auch in dem von der Kammer zu Berlin geführten Grundregister eingetragen, durch die jetzigen baulichen Veränderungen aber fast ganz aufgehoben worden. Es sei nämlich der Spreearm zwischen Mühlendamm und Kurfürstendamm seit alter Zeit für den Schiffsverkehr geschlossen gewesen, gerade an dieser Stelle aber sei der Fischreichthum ein bedeutender und besonders der Kalfang in Neusen ein sehr ergiebiger gewesen. Durch die Eröffnung des Schiffsverkehrs in diesem Raum würde nun die Fischerei erheblich beeinträchtigt, die Neusenfischerei aber ganz unmöglich gemacht. Der Fiskus wies demgegenüber vornehmlich darauf hin, daß sich aus den erwähnten Schriftstücken ein Privilegium der Kläger für das Fischen auf der Unterpree nicht erweisen lasse, auch handle es sich nicht um eine Aufhebung, sondern um eine noch keine Schadenerschaft bedingende Einschränkung der angeblichen Privilegien. Das Landgericht I ordnete eine umfangreiche Beweisaufnahme an, die sich auf die gesammten in Betracht kommenden historischen Vorgänge erstreckte und viel interessantes Material für die Geschichte Berlins zu Tage brachte. So heißt es in der Entscheidung, worin der vom Fiskus erhobene Einwand des Begriffs „Unterpree“ zurückgewiesen wird, über die Grenze zwischen Ober- und Unterpree folgendermaßen: „Der Mühlendamm, welcher an derjenigen Stelle, wo einst die Höhen des Garnum und Teltow das Spreebett am meisten einengten, der Fluß also am bequemsten abgedämmt werden konnte, war lange Zeit die einzige Verbindung zwischen Berlin und dem alten Köln. Es war ein fester Erdwall nur mit einigen oder mehreren Durchlässen für die Spree versehen, über denen die Mühlen standen. Der Mühlendamm existierte schon zur Zeit der Salienherrschaften Markgrafen. Später waren daraus Mühlen, welche die Namen „Berliner Klipp“, „Mittel- und Kölnische Mühle“ trugen, errichtet worden. Durch diesen festen Damm wurde der Lauf der Spree derartig durchschnitten, daß sie oberhalb desselben bis Köpenick den Namen „Oberpree“, unterhalb desselben bis Spanbau den Namen „Unterpree“ empfangen hat und heute noch trägt“. Indem das Gericht unter Würdigung des vorhandenen historischen Materials und namentlich eines Gutachtens des Berliner Magistrats vom Jahre 1891 und eines Vertrages vom Jahre 1864 auf dieser Feststellung gelangt, hält es für unbedenklich, daß auf der Unterpree auch heutiger Tages aus der Urkunde vom Jahre 1480 sechs Fischern die Fischereigerechtigkeit gegen Erlegung eines bestimmten Kanons zusteht. Ebenso erachtet das Landgericht entgegen der Behauptung des Fiskus die jetzigen sechs Kläger als die folgerichtig Berechtigten. Nach alledem erkannte das Landgericht in einer sehr umfangreichen Begründung dahin: der besagte Fiskus wird verurteilt, anzuerkennen, daß er verpflichtet ist, den Klägern denjenigen in einem besonderen Verfahren zu ermittelnden Schaden zu ersetzen, welcher ihnen durch die vom Beklagten vorgenommenen Veränderungen des Wasserlaufs der Spree an dem Mühlendamm durch die Anlage einer Schleuse und eines Stauwerkes derselbst, sowie durch die Eröffnung des Stromabschnittes der Spree vom Mühlendamm bis zur Friedrichsbrücke für den Schiffsverkehr hinsichtlich der Ausübung der ihnen auf der Unterpree vom Mühlendamm Stromabwärts bis zu dem bei dem Borwerk Martinikensfelde befindlichen Grenzstein zustehenden Fischereigerechtigkeit erwachsen ist. — Hiergegen legte der Fiskus Berufung bei dem Kammergericht ein, welches die Vorentscheidung mit der Maßgabe bestätigte, daß der den Klägern zu leistende Schadenersatz sich auf die Fischereirechte vom Mühlendamm bis zur Friedrichsbrücke beschränken soll.

In der Angelegenheit der Amtsindispension des Pfarrers Witte wegen angeblicher Geisteskrankheit (beginnend Quersulantenwahns) hat, wie wir in der Berliner Zeitung lesen, der Ober-Kirchenrath, an welchen Pfarrer Witte appellirt hat, eine Entscheidung getroffen, welche in der Angelegenheit noch nicht endgiltig erledigt. Der Ober-Kirchenrath

giebt dem Konfistorium auf, ein Gutachten des königlichen Medizinal-Kollegiums für die Provinz Brandenburg über den Geisteszustand Wittes einzuholen. Das Ritterschweigische Gutachten, auf das die Entscheidung des Konfistoriums sich stützt, erscheint also dem Ober-Kirchenrathe nicht ausreichend.

Eine größere Verkehrshörung kam gestern früh auf der Stadt- und Ringbahn vor. Gegen 8 Uhr brach auf der Station Börsen ein Kuppelzug von einem Personenwagen dicht hinter der Maschine. Der Zug mußte stehen bleiben und durch das Umlegen der Maschine resp. Befestigung der Wagen trat eine Verspätung von 25 Minuten ein. Fahrgäste aus Charlottenburg waren insofern bevorzugt, als ihnen gestattet wurde, Personen- und Schnellzüge zu benutzen. Alle anderen Züge mußten an der Stelle halten bleiben, wo sie zur Zeit des Unfalls waren.

Eine größere Feuersbrunst entstand in der Nacht zum Sonntag auf dem Grundstück der Völlerschen Möbelfabrik in der Hagelberger Straße 82. In der zehnten Stunde war im zweiten Außergebäude, in dem sich Tischler- und Drechselwerkstätten befinden, der Brand ausgebrochen, der die Hälfte des dritten und vierten Stockes, sowie den halben Dachstuhl vollständig zerstörte. Die strenge Kälte erschwerte die Löscharbeit. Am Witternacht wurde der Feuerschein nördlich bis am Dönhofsplatz bemerkt.

Auf der Havel bei Schildhorn ist vorgestern Nachmittag beim Schlittschuhlaufen ein junger Mann unter das Eis gerathen und ertrunken. Ein etwa 25jähriger Schlittschuhläufer entfernte sich gegen 4 Uhr aus der dichten Menge der sich auf dem Eise Tummelnden und geriet an eine von den Fischern offen gelassene Stelle, die während des Vormittags mit einer dünnen Eisschicht sich bedeckt hatte. Er brach durch das Eis und verschwand sofort; später tauchte der unbekannt Namen Trümmern noch mehrere Male aus den eisigen Fluthen wieder auf, aber niemand konnte ihm Hilfe leisten. Auch die Leiche ist bis heute noch nicht gefunden worden. Es ergibt sich daraus, daß die Fischer bei strenger Strafe angehalten werden müssen, aufgefischene Stellen weithin erkennlich zu machen.

Auf zwei höchst gefährliche Ringnepper, die einem hiesigen Pommer eine längere Unteruchungshaft verschafft haben, wird gegenwärtig eifrig von der Kriminalpolizei gefahndet. Der Sachverhalt, welcher beweist, in wie gefährlicher Weise unsere Bauernjungen operieren, ist folgender: Der 28jährige Schlächtergeselle Hermann Blum aus Staffelde bei Soldin war Ende vorigen Monats, um Arbeit zu erlangen, nach Berlin gekommen. Er fand aber keine passende Stellung, und am 3. d. M. wollte Blum nach der Heimath zurückkehren. Auf dem Schlesischen Bahnhof traf er mit einem älteren Manne im Wartesaal zusammen, der gleichfalls nach Küstrin fahren wollte, und nach wenigen Minuten stellte sich zu den beiden ein dritter Reiseführer, welchem der erste Unbekannte einen prachtvollen, goldenen Ring anbot, den er aus Noth verkaufen wolle. Der letztangeworfene, der sich als Goldschmiedegeselle ausgab, erklärte, daß der Ring unter Brüdern 40 M. werth sei, und wenn der Verkäufer noch eine halbe Stunde warten könne, so wolle er schnell nach Hause zurückgehen und den gebotenen Betrag holen. Als der Käufer sich entfernt, erklärte der Verkäufer, daß er mit dem Manne nicht zu thun haben wolle, der sahe nicht ehrlich aus, wenn aber Blum ihm den Ring abkaufen wolle, so könne er denselben für 20 M. haben. Der biedere Pommer ging auf diese Offerte ein, zahlte den Betrag und gab den Rest seiner Baarschaft, weitere 20 M., an den neugewonnenen Freund, welcher Billette nach Küstrin am Schalter holen sollte. Wer aber nicht wieder kam, war der Verkäufer und völlig mittellos wanderte nun Blum seiner Heimath zu, nachdem er noch die unangenehme Entdeckung gemacht, daß einer der beiden Freunde ihm das Arbeitsbuch gestohlen hatte. In Grünau wurde der Handwerksbursche, weil ohne Papiere und völlig mittellos, von den Gendarmen aufgegriffen und in das Köplicher Amtsgefängnis geschafft, weil der massiv goldene Ring am Finger ihn noch ganz besonders verdächtig machte. Hier hat Blum 8 Tage im Gefängnis gefessen, bis sich seine Anschuldd herausstellte und nunmehr festgelegt wurde, daß der Ring einen Werth von — 15 M. habe. Der junge Mann ist übrigens nicht das einzige Opfer der Betrüger gewesen; denn fast gleichartige Fälle von Ringnepperen, die anscheinend von derselben Bande ausgeführt wurden, sind der Kriminalpolizei als auf dem Schlesischen Bahnhof ausgeführt gemeldet worden.

Ueberfallen und beraubt wurde eine 70-jährige Frau Namens Hesse, die aus der Gegend bei Neu-Brandenburg Sonntag Abend 9 Uhr auf dem Stettiner Bahnhof fremd hier eingetroffen war. Die H. führte in ihrer Ledertasche ein Buch bei sich, in welchem sie drei Hundert Marksheine hatte. Vom Bahnhofe begab sich die alte Frau nach der Dorfstraße, kaufte sich bei einem Bäcker für 10 M. Wadwaare und verzehrte dieselbe auf der Treppe eines Hausflures. Während sie dort aß, riß plötzlich ein Mann von der Straße aus die Frau von der Treppe und nahm ihre Tasche fort, holte aus derselben das Buch mit dem Papiergelde, warf ihr die Tasche wieder zu und lief davon. Hesse die alte Frau sich von ihrem Schreck erholen und um Hilfe rufen konnte, war der Dieb verschwunden. Die H. erkannte den Dieb als einen Mann, welcher mit ihr zusammen die Reise von Neu-Brandenburg hierher gemacht hatte und wahrscheinlich gefesselt hatte, daß sie Geld in der Tasche bei sich führte. Nach der Beschreibung ist der Dieb ein Mann von etwa lech- unddreißig Jahren, trug eine Brille, blaue weite Hosen, blauen Ueberzieher, schwarzen Hut und hatte einen dunklen Vollbart. Erkennbar ist derselbe noch durch eine große Narbe, welche er auf der linken Wange trägt.

Yitzus Keng. Die Idee der „Wasserpantomime“ stammt vom „alten Keng“. Die Vorstellungen dieser Art haben sich sehr schnell eingebürgert, jeder Zirkusdirektor muß sehr, wenn der Ort der Aufführung irgend über genügend Wasser verfügt, seine nasse Pantomime haben. Im Zirkus Keng ist jetzt „Auf Helgoland“ vom Repertoire abgesetzt worden, um einen neuen, geradezu brillanten Arrangement ähnlicher Art Platz zu machen. Die Novität betitelt sich „Ein Künstlerfest“ und besteht aus einer trockenen und einer nassen Abtheilung, wobei Ballet, Pracht der Kostüme und eine Ueberschneidung von Beleuchtungseffekten die Hauptrollen spielen. Namentlich der zweite Theil mit seinem Wasserlofs, seinen Nebaden und rauschenden Fontänen ist von großartiger Wirkung. Gott Neptun und nach ihm Lohengrin erscheinen auf den Bogen, aus denen zum Schlusse eine Wärmorgruppe emportaucht, deren einzelne Gestalten Leben annehmen. Den Mittelpunkt bildet der Mädchenchor, welcher das Auditorium in die Zlustion versetzt, gar nicht einer Vorstellung im Zirkus, sondern einer Operettenaufführung beizugehört zu haben. Das mit raffinierter Pracht ausgestattete Stück wird sich wohl lange auf dem Repertoire halten.

Von Herrn Geride, Bschfr. 47/48, erhalten wir folgendes Schreiben: In Nr. 8 vom 10. Januar er. Ihres Blattes steht unter dem Titel „Arbeiter-Sanitätskommission“: „Bschfr. 47/48. Hofwohnungen mit nassen Wänden u. s. w.“ Ich ersuche Sie hierdurch, auf Grund des Pressegesetzes § 11 in Ihrer nächsten Nummer folgenden Widerruf aufzunehmen: „Sämtliche Wohnungen in meinem Hause sind nicht nass, auch stehen in der benannten Wohnung keine drei Betten, sondern nur zwei und ist der Vermieter mit seiner Wohnung sehr zufrieden. Von sämtlichen Mietern habe ich Unterschriften, daß die Wohnungen durchaus trocken sind.“ Hochachtungsvoll der Eigenthümer S. R. Geride, Bschfr. 47/48.

Marktreise in Berlin am 14. Januar, nach Ermittlungen des Polizeipräsidenten. Weizen per 100 Kilo, guter von 16,20—15,80 M., mittlerer von 15,50—15,00 M., geringer von

14,80—14,40 M. Roggen per 100 Kilo, guter von 13,80—13,50 M., mittlerer von 13,40—13,20 M., geringerer von 13,10—12,80 M. Gerste per 100 Kilo, gute von 17,20—16,10 M., mittlere von 16,00—15,00 M., geringe von 14,90—13,80 M. Hafer per 100 Kilo, guter von 16,00—15,20 M., mittlerer von 15,10—14,40 M., geringer von 14,20—13,80 M. Stroh, Nicht per 100 Kilo, von 4,50—4,00 M. Heu per 100 Kilo, von 8,00—5,00 M. Erbsen per 100 Kilo, von 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kilo, von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kilo, von 30,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kilo, von 6,00—4,00 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kilo, von 1,60—1,10 M. Bauchfleisch per 1 Kilo, von 1,40—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kilo, von 1,50—1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kilo, von 1,60—0,90 M. Hammelfleisch per 1 Kilo, von 1,50—0,90 M. Butter per 1 Kilo, von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 7,00—3,00 M. Fische per 1 Kilo: Karpfen von 2,40—1,00 M. Kase von 2,80—1,20 M. Jander von 2,40—1,00 M. Hechte von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,80—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Heie von 1,40 bis 0,80 M. Kresse per 60 Stück von 9,00—2,00 M.

Polizeibericht. Am 13. d. Mts. Abends machte ein 16-jähriges Mädchen aus dem Vorhause des Grundstücks Philippstraße 10 den Versuch, sich durch den Genus einer Karbolösung das Leben zu nehmen. Es wurde noch lebend nach der Charitee gebracht. — Am 14. d. Mts. Vormittags wurde ein beschuldigungsfähiger Handlungsgehilfe in seiner Wohnung in der Veteranenstraße erhängt vorgefunden. — Nachmittags versuchte die Ehefrau eines geisteskranken Beamten in ihrer Wohnung sich mittels Phosphor zu vergiften. Durch ärztlich verordnete Gegenmittel gelang es jedoch, die Lebensgefahr zu beseitigen. — In der Möbelfabrik von Völler, Hagelbergerstr. 82, entstand Abends Feuer, das sich über den 3. und 4. Stock verbreitete, sowie den Dachstuhl ergriff. Die Löscharbeiten wurden durch die Kälte sehr erschwert. — Am 15. d. Mts. Abends fiel im Circus Schumann ein unbekannter Mann von der zur Gallerie führenden Treppe, so daß er eine bedeutende Verletzung am Hinterkopfe erlitt und bewußtlos liegen blieb. Er wurde nach der Charitee gebracht. — Ebenso fiel vor dem Hause Baldemarstraße 81 ein Schlosser zur Erde und brach den Fuß, so daß seine Uebersiehrung nach dem Krankenhaus am Urban erforderlich wurde. — Am 15. und 16. d. Mts. und in der Nacht zum 16. d. Mts. fanden 14 Brände statt.

Gerichts-Beifung.

Allzu energisches Auftreten einem Kunden gegenüber hat dem Dentist Julius Döpler eine Anklage wegen Freiheitsberaubung zugezogen, welche gestern vor der stehenden Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Eine Frau H., die Ehefrau eines Weinstäblers H. hatte sich bei dem Angeklagten ein Gebiß machen lassen, an welchem noch eine Aenderung vorzunehmen war und sie ging am 8. September mit ihrem Ehemann und ihrem Kinde zu dem Angeklagten, um sich das Gebiß abzuholen. Dasselbe wurde ihr ausgefertigt, H. weigerte sich aber, dasselbe sofort zu bezahlen, sondern verlangte, daß seine Ehefrau erst ausprobieren dürfe, ob das Kunstwerk nun auch genau passe. Darüber kam es zu einer heftigen Szene, in deren Verlauf der Angeklagte die nach dem Korridor führende Thür abschloß und nachdrücklich erklärte, daß die 3 Personen nicht eher das Zimmer verlassen würden, als bis er sein Geld oder das Gebiß zurück erhalten haben würde. H. wollte ans Fenster eilen und um Hilfe rufen, er wurde aber von dem Sohne des Angeklagten zurückgeriffen. Schließlich wurde doch ein Schuhmann herbeigezogen und nach dreiviertelstündigem unfreiwilligem Anhalt erlangten die drei Personen ihre Freiheit wieder. Der Gerichtshof verurtheilte den etwas ungeheueren Jahnkünstler zu 6 Wochen Gefängnis.

Auch ein Dienstherr. Wegen thätlicher Beleidigung eines bei ihm im Geseledienste stehenden Mädchens hatte sich gestern der Kaufmann Joseph Herrmann vor dem hiesigen Schöffengerichte zu verantworten. Das eine seiner beiden Dienstmädchen beschuldigte ihn, ihr wiederholt unzüchtige Anträge gemacht und sie auch unzüchtig berührt zu haben. Der Angeklagte bestritt diese Anschuldigungen und sein Verteidiger, Rechtsanwalt Meißner, suchte die Glaubwürdigkeit des Mädchens in Zweifel zu ziehen, indem er ausführte, daß dasselbe die angeblichen Attentate auf ihre weibliche Ehre ganz ruhig und ohne Vergerniß daran zu nehmen sich habe gefallen lassen, sich nach keiner Seite darüber beschwert habe und mit ihrer Ansduldigung erst herbeigezogen sei, nachdem ihr der Dienst aufgekündigt worden. Der Gerichtshof theilte dem Mädchen Glauben und mit Rücksicht darauf, daß die Herrschaft über das Gefinde einen gewissenmaßen erzehlischen Einfluß ausüben und die Moralität desselben fördern, nicht aber untergraben soll, verurtheilte das Schöffengericht den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 6 Wochen beantragt.

Konkurrenzneid. Der Vorleser einer Natur-Heilanstalt, Benjamin Hellmuth, hatte sich gestern vor der 122. Abtheilung des Schöffengerichts wegen Bedrohung zu verantworten. Der Lehrer Drentherr hat sich in der Anstalt des Angeklagten als Naturarzt ausgebildet, dann selbst eine Anstalt gegründet und auch die polizeiliche Genehmigung dazu erhalten. Seit dieser Zeit wurde er mit Briesen ohne Unterschrift verfolgt, worin ihm alle mögliche Anklagen angedröhrt wurde. Drentherr, ein kräftlicher, schwacher Mensch, wurde dadurch so geängstigt, daß er sich nur in Begleitung eines seiner Angestellten auf die Straße wagte. Eines Tages war Drentherr unter dem Schutze seines Wademeisters zu einem Rechtsanwalte gegangen. Während der letztere vor der Thür auf das Wiedererscheinen seines Prinzipals wartete, trat der Angeklagte an den Wademeister heran. Er trug ihm auf, seinen Herrn zu sagen, daß er denselben bei Knochen im Leibe zersthlagte würde, wenn er ihn ohne Schutz traße. Drentherr erstattete Anzeige. Der Gerichtshof belegte den Angeklagten, der sich vom Konkurrenzneide habe beherrschen lassen, mit einer Geldstrafe von 30 M.

Wie gefährlich es ist, wenn mittellose junge Leute sich einem Studium zuwenden, zeigt folgender gestern vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelter Fall. Aus der Unteruchungshaft wurde der cand. mod. Werner Schnitke vorgeführt, um sich wegen Diebstahls in 6 Fällen zu verantworten. Der Angeklagte ist der Sohn eines Elementarlehrers, welcher unter Opfern aller Art seinem Sohne die Möglichkeit gegeben hatte, die Universität zu beziehen. Der Angeklagte sollte nach dem Wunsch des Vaters Theologie studiren, er fahlette aber um, studierte gegen den Willen des Vaters hier und in Greifswald Medizin und es gelang ihm, das Possitum zu bestehen. Bis dahin hatte sein Vater unter eigenen Entbehrungen mitgeholfen, die Summen, welche der Sohn zu seinem Studium gebrauchte, aufzubringen, nun sah er sich aber an Ende seiner Leistungsfähigkeit und schrieb dem Angeklagten, daß er sich völlig außer Stande sehe, noch weiter für ihn zu sorgen, es vielmehr wohl oder übel dem Sohne überlassen müsse, sich weiter durch die Welt zu schlagen. Das war natürlich ein harter Schlag für den Angeklagten, welcher noch wiederholt schriftliche Forderungen um Geld an den Vater sandte, aber nur den Bescheid erhielt, daß die Mittel des letzteren mehr als erschöpft seien. Im Juni v. J. langte der Angeklagte, aller Mittel entbloß, hier in Berlin an, um seine Militärangelegenheiten in Ordnung zu bringen und hier ist seine Moral dann vollständig zu Grunde gegangen — wie er behauptet, weil er Hunger litt, wie der Gerichtshof dagegen meinte, weil er nicht die genügende Charakterfestigkeit und Arbeitslust besaß. Eine mittellose Zimmer-

vermieetherin nahm ihn trotz seiner Mittellosigkeit nicht nur für einige Zeit auf, sondern sie gewährte ihm auch Speise und Trank, als aber dieses Benefizium aufhörte, besand er sich ohne jeden Geld und ohne Obdach. Er war darauf angewiesen, bei ehemaligen Kommilitonen herum zu schmarotzen und er erbettelte sich bei diesem und jenem Obdach für die Nacht, welches ihm auch gewährt wurde. Diese Hilfsbereitschaft wurde den Betreffenden vom Angeklagten schlecht gelohnt, denn derselbe benutzte die sich ihm dardietende Gelegenheit, um seinen Wohlthätern Aehren, medizinische Bücher, Kleidungsstücke u. s. zu stehlen. Das durch den Verfall dieser Wertgegenstände erlittene Geld hat der Angeklagte nicht einmal für die notwendigsten Lebensbedürfnisse, sondern auch für allerlei Aneignungen verwendet. Als ihm hier der Boden unter den Füßen zu heiß wurde, machte er sich auf und davon und suchte Holland zu erreichen. Er kam vorläufig nur bis Lübeck, schnornte sich aber von dortigen Professoren und Aerzten so viel Geld zusammen, daß er glücklich nach Holland entkam. Dort hat er im Petroleum-Hafen von Amsterdam einige Wochen als Tagelöhner sein Dasein gefristet, bis er eines Tages beim Ueberschreiten der Grenze verhaftet wurde. — Einer der jungen Männer, die er bestohlen, hatte das Mißgeschick, die Anklagebank mit ihm theilen zu müssen. Er hatte den Angeklagten wegen Diebstahls zur Anzeige gebracht, durch das süßsüßliche Bitten desselben sich aber später bewegen lassen, die Anzeige mit der Begründung wieder zurückzunehmen, daß er sich geirrt, da sich die angeblich gestohlenen Gegenstände wieder vorgefunden hätten. Durch diese falsche Angabe hat der junge Mann dem Thäter „wissenschaftlich“ Bestand geleistet, um ihn der Bestrafung zu entziehen, da er aber von eben Motiven geleitet worden, so verurtheilte ihn der Gerichtshof nur zu 10 M. Geldbuße. Schnitke dagegen wurde wegen des großen Vertrauensmißbrauchs zu 9 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Versammlungen.

In einer öffentlichen Versammlung der gewerblichen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, die am 15. Januar in Jodel's Saal stattfand, wurde, wie ein bürgerliches Blatt berichtet, nach einem Vortrage einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung der gewerblichen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen protestirt ganz energisch gegen die Aufnahme von Annoncen im Organ der sozialdemokratischen Partei, dem „Vorwärts“, deren Inhalt auf Bestechungsversuche hinausläuft.“ Es heißt dann in dem Bericht des bürgerlichen Blattes weiter: „Motivirt wurde diese gegen den „Vorwärts“ gerichtete Resolution von dem Schloffer Meißler, Adressir. 99, folgendermaßen: Am 3. Januar habe im „Vorwärts“ eine Annonce gestanden, laut der „ein besserer Schloffer 100 M. demjenigen zusichere, welcher ihm eine Stelle verschaffe“. Diese Handlungsweise sei so jenuel und erbärmlich, daß sich jeder Parteigenosse schämen müsse, so etwas zu lesen; es sei vom „Vorwärts“, daß er solche Annoncen, die direkt gegen das Prinzip der Arbeiterpartei stehende, eine Schmutzspeise und Fahrlässigkeit sonder Gleichen“. Wenn durch diese Annonce ein anderer Kollege brotlos werde und hernach auf der Straße liege, dann bekomme er Worte wie „Balkonmännchen“ u. s. w. an den Kopf geschmissen (sehr richtig!). Die Pressekommision thue nicht ihre Schuldigkeit, und wenn der „Vorwärts“ nicht heute genug habe, so etwas zu kontrolliren, so möge er mehr einstellen; es lasen genug Stellenlos herum (sehr richtig!). — Der Delegirte Thal meinte, dies sei eine Prothese sonder Gleichen, der Anfang des Kommissionärsweffens; wenn indes der „Vorwärts“ erst einschärfen wolle, dann sei es gerade weit genug mit ihm (Beifall). „Wenn der „Vorwärts“ diese Resolution nicht aufnehmen werde, so werde man endlich einmal tabula rasa schaffen.“

Vorausgesetzt, daß dieser Bericht die Vorgänge in jener Versammlung wahrheitsgemäß schildert, haben wir folgendes zu bemerken.

Es ist natürlich bedauerlich, daß das Manuskript der Annonce nicht vor dem Druck in der Expedition geprüft wurde; dann war es selbstverständlich, daß die Aufnahme nicht erfolgte. Andererseits wollen wir bei dieser Gelegenheit einmal dem großen Anzug entgegenreten, welcher darin liegt, daß in den Versammlungen von diesem oder jenem gleich über den ganzen „Vorwärts“ der Stadt gebrochen wird, wenn irgend ein Angefelter des „Vorwärts“ einen Fehler beging. Wenn gar ein Mann wie Herr Thal, dem wegen seiner häufigen Referenzen-Thätigkeit die erste Pflicht des Redners, Selbstkritik zu üben, nicht unbekannt sein kann, die Preisfertigkeit hatte, anzudeuten, daß bei der Redaktion des „Vorwärts“ Drohungen das Mittel seien, um sie zur Aufnahme einer berechtigten Resolution zu veranlassen, so ist das der Gipfel der Unmännlichkeit, und wir finden es nicht weniger als lächerlich, daß sich die Versammlung nicht selbst dazu bequemte, den Herrn Thal auf das Unschickliche seiner Ausdrucksweise aufmerksam zu machen.

Der Fachverein der Stellmacher Berlins und Umgegend nahm am 8. Januar in einer Mitgliederversammlung den Kasienberichts vom 4. Quartal entgegen. Die Einnahme betrug danach einschließlich des Bestandes vom 1. Oktober v. J. 97,81 M., die Ausgabe 82,42 M., mithin bleibt ein Bestand von 65,39 M. Nachdem die Revisoren den Bericht beschäftigt hatten, wurde dem Kassier Johann Decharge erteilt. Alsdann sprach Kollege Brück in längeren Ausführungen über die Ursachen der Arbeitslosigkeit im Stellmachergewerbe, und kam zum Schlusß zu der Ueberzeugung, daß die Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit sich wohl etwas vermindern lasse, jedoch daß eine endgültige Beseitigung des Uebels nur möglich wäre, wenn die kapitalistische Gesellschaft durch die sozialistische ersetzt werde. Zum Punkt „Verschiedenes“ wurde ein Antrag angenommen, den streikenden Korbmachern 10 M. zu überweisen. Alsdann wurde noch bekannt gemacht, daß die nächste Versammlung am 12. Februar, Rosenthalerstr. 38, stattfindet.

Der Kreisverein der Porzellan- und Glasmaler (Zirkel II) hielt am 9. Januar eine Versammlung ab, welche sich mit der Wahl des Ausschusses zu beschäftigen hatte. Gewählt wurden zum Vorsitzenden Herr Gebauer, zum Kassier Herr Ehrhardt, zum Schriftführer Herr Bollmann, zu Beisitzenden die Herren Jahn und Renner und zu Revisoren die Herren Schleiff, Dollmann und Peschel. Ferner wurden zu Mitgliedern der Bibliothekskommission die Herren Burmann, Singer und Wessell bestimmt. Es wurde sodann beschlossen, daß die regelmäßigen Versammlungen vorläufig jeden zweiten Sonnabend im Monat stattfinden sollen. Nachdem fünf Kollegen in den Verband aufgenommen worden waren, gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die Versammlung ihr Solidaritätsgefühl den streikenden Bergarbeitern gegenüber zum Ausdruck brachte und den Wunsch ausdrückte, daß der Vertrauensmann der Maler Deutschlands die Streikenden sobald wie möglich mit der Summe von 30 M. unterstützen möge.

Allgemeiner Arbeiterinnen-Verein. Große Versammlung am Dienstag, den 17. Januar, Abends 8 Uhr, bei Dargor, Grüner Weg 20. Vortrag über Arbeiterinnen-Löhne.
Zentralverein des Bildhauer-Deutschlands, Conferenz Berlin. Versammlung am Dienstag, den 17. Januar, Abends 8 Uhr. Anwesenheit 16. Tagesordnung: Wahl des Organisationskomitees, Festsetzung des Entrees zur Matinee. Bericht der Rechtschutz-Kommission.
Nationale kaufmännische Kranken- und Sterbekasse, Dienstag, den 17. Januar er., Abends 8 Uhr, im Restaurant F. Godeburg, Kommandantenstr. 10—11, Vorhandlung.
Glaube. Große öffentliche Versammlung am Dienstag, den 17. Januar, Abends 8 Uhr, bei Dargor. Vortrag: Die familiären Verhältnisse der Arbeiter. Referent: Dr. med. G. Neul.
Vergnügungs-Verein Germania, vom Vollführer Franz Hüter. Sitzung jeden Dienstag, Abends 9 Uhr, im Restaurant Dargor, Anwesenheit 8.
Verein für Fortbildung des Soldaten- und Offiziersstandes. Dienstag, den 17. Januar, Abends 8 Uhr, Sitzung im Vereinslokal, Straußengasse 27.

